

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M.
Im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,20 M.
einjährig 16,80 M. Postzeitungs- und
Tr. Fig. Postbefreiung. Auslands-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonabend
29. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompromittierung
des „Vorwärts“ durch die Reichs-
regierung. „Kleine Anzeigen“ des ein-
gedruckten Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei
eingedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenanzeigen des ersten
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Einzigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 2, wochentags
von 9^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 87598. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65 De B u Disc.-Ges., Depotkassette Lindenstr. 3.

An das werftätige Volk!

Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der stärksten Angriffe der gesamten Reaktion, hat zur offenen Krise geführt.

Sicherung der Unterstützung für die Riesenarmee unverschuldet arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie, Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Gegensatz führte zum Bruch.

Schon im Vorjahre erfolgte ein schwerer Angriff auf die Arbeitslosenversicherung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften wiesen ihn in einmütiger Geschlossenheit zurück. Es gelang, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten. Die Sozialreaktion gab sich damit nicht zufrieden.

Die Sozialreaktion will die Arbeitslosenversicherung abbauen, damit die Not die Arbeiter zwingt, Lohnherabsetzungen widerstandslos hinzunehmen.

Die Sozialdemokratie verlangte rechtzeitig die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge unter Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches. Aber sowohl die Erhöhung der Beiträge als auch die Beihilfen des Reiches wurden von der Deutschen Volkspartei heftig bekämpft. Sie wollte durch Drosselung der Einnahmen die Senkung der Unterstützungen erzwingen. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien am 25. März hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärt:

„Es müsse jetzt endlich ein Haltesignal für die Ausgaben aufgerichtet werden, und es sei dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung unter den stärksten finanziellen Druck zu stellen, damit die Reformen zum Abbau der Leistungen erzwungen werden.“

Darum lehnte die Deutsche Volkspartei die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März ab. In ihr war eine Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Proz. vorgesehen. Zuschüsse von 200 Millionen sollten in den Haushalt des Reiches für das Jahr 1930 eingestellt werden. Die Darlehenspflicht des Reiches sollte aufrechterhalten bleiben. Dieser Vorlage, die von den volksparteilichen Ministern mit beschlossen war, stimmte die Sozialdemokratie zu.

In diesem Kampf mit der Deutschen Volkspartei stand die Sozialdemokratie allein. Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei suchten zu vermitteln. Sie machten der Deutschen Volkspartei weitgehende Zugeständnisse, obwohl dadurch beträchtliche Fehlbeträge entstehen mußten, über deren Deckung nicht jetzt, sondern im Spätsommer entschieden werden sollte. Dann sollten entweder die Beiträge erhöht oder neue Mittel durch Verbrauchssteuern beschafft oder die Leistungen abgebaut werden.

Wenn im Spätsommer wieder keine Einigung über die Beitragserhöhung zu erzielen war, was blieb dann übrig? Nur der Abbau der Leistungen! Denn in dem Schrei nach Steuererhöhungen wären neue Steuern, besonders zu diesem Zweck, nicht bewilligt worden.

Um das hohe Gut der Arbeitslosenversicherung, das

für Arbeitslose wie für Arbeitende gleich wichtig

ist, unverfehrt durch die jetzige Wirtschaftskrise zu bringen, war die Sozialdemokratie zu großen Zugeständnissen auf anderen Gebieten bereit. Sie hatte ihre Bedenken gegen die Erhöhung von Verbrauchssteuern und gegen die geplante Senkung von direkten Steuern zurückgestellt. Sie war bereit, auch mit Opfern der Arbeiterklasse die öffentlichen Finanzen zu sanieren, dem Wirtschaftsleben neuen Antrieb zu geben und die gewaltige Krise auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Diese Zugeständnisse konnte sie aber nur dann verantworten, wenn durch sie die sozialen Errungenschaften gesichert wurden, die für das Lebensschicksal der erwerbstätigen Bevölkerung von höchster Bedeutung sind.

Die Kompromißvorschläge der bürgerlichen Parteien trugen diesem Erfordernis nicht Rechnung. Sie brachten keine Sicherheit für die Finanzgesundheit, sie bürdeten breiten Massen den größten Teil der Mehrkosten auf, ohne die sozialen Ausgaben, insbesondere die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zu garantieren.

Hier hat die Sozialdemokratie ein Haltesignal aufgerichtet. Ihre Bereitschaft zu gemeinsamer verantwortlicher Arbeit hat dort eine Grenze, wo die Interessen der werftätigen Volksschichten bedroht sind.

Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei richtet sich nicht allein gegen die Arbeitslosenversicherung. Er trifft die gesamte soziale Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden und damit die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Einfluß in der Koalitionsregierung benutzt, um die sozialreaktionären Pläne der Unternehmerverbände abzuwehren. Sie hat damit in voller Einmütigkeit mit den Gewerkschaften wahr gemacht, was sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feierlich versprochen hat:

„An der Arbeitslosenversicherung läßt die Sozialdemokratie nicht rütteln!“

Den Kampf, den die Sozialdemokratie in der Regierung geführt hat, wird sie außerhalb der Regierung fortsetzen.

Wir gehen ungewissen Ereignissen entgegen. Schwere Konflikte drohen.

Festest Zusammenstehen der werftätigen Massen zur Verteidigung und zum Angriff ist notwendiger denn je.

Seid wachsam und bereit! Stärkt die Reihen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften!

Berlin, den 28. März 1930.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Kabinett Brüning.

Eine sehr gemischte Ministergesellschaft.

In Reichstagskreisen kurrerte gestern abend folgende Ministerliste:

- Reichskanzler: Brüning,
- Außenminister: Curtius,
- Innerminister: Treviranus,
- Finanzen: Dietrich oder Moldenhauer,
- Wirtschaft: Moldenhauer oder Dietrich,
- Ernährung: Schiele,
- Justiz: Bredt,
- Arbeit: Stegerwald,
- Reichswehr: Groener,
- Verkehr: Guérard,
- Post: Schäkel,
- Besetzte Gebiete: Wirth.

Von den genannten Politikern gehören vier zum Zentrum: Brüning, Stegerwald, Guérard und Wirth, zwei zur Volkspartei: Curtius und Moldenhauer; einer zu den Demokraten: Dietrich; einer (bisher) zu den Deutschnationalen: Schiele; einer zu den Volkstonservativen: Treviranus; Bredt zur Wirtschaftspartei, Schäkel zur Bayerischen Volkspartei. Der Reichsminister Groener gehört keiner Partei an.

Ueber die Entstehungsgeschichte dieser sehr interessanten Ministerliste wird berichtet: Ursprünglich habe Brüning

Herrn Treviranus, der gegen den Young-Plan gestimmt hat,

zum Außenminister machen wollen, doch scheiterte dies an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei, die Dr. Curtius nicht preisgeben wollte. Darauf entschloß sich Brüning,

Herrn Treviranus, der gegen das Republikanengesetz gestimmt hat,

das Reichsministerium des Innern anzubieten. Herr Treviranus ist aber auch sonst ein höchst bemerkenswerter Kandidat für das Verfassungsministerium der deutschen Republik. Am 24. März hat er nämlich noch einen Antrag seiner Fraktion mit unterzeichnet, der wörtlich lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Durchführung der vom Reichsinnenminister Seegering ohne jede haltbare Begründung und in unangebrachter Form gegen den Staatsthüringen angeforderten Maßnahmen zu verhindern und, soweit sie durchgeführt sein sollten, rückgängig zu machen.“

Ursprünglich war im Reichstag ziemlich allgemein der Reichsminister a. D. Dr. Josef Wirth als künftiger Reichsminister des Innern genannt worden. Es ist aber nun, daß diese Kandidatur zugunsten jener des Herrn Treviranus erledigt ist.

Von den übrigen neun Männern haben auch Herr Schiele und Herr Bredt gegen den Young-Plan und gegen das Republikanengesetz gestimmt. Herr Schiele war bis gestern noch Mitglied der Deutschnationalen Hugenberg-Fraktion, von der er, wie es heißt, die angebotene Erlaubnis zum Eintritt in das Kabinett nicht erhalten hat. Nach einem Besuch beim Reichspräsidenten hat er sich trotzdem entschlossen, anzunehmen. Man laßt jetzt, daß er sein Mandat niederlegen will.

Zahlenmäßig würde sich die neue Regierung auf folgende parlamentarischen Gruppen stützen können:

Zentrum	61 Mitglieder
Deutsche Volkspartei	45
Demokratische Partei	25
Wirtschaftspartei	23
Christlich-Nationale	22
Bayerische Volkspartei	17
193	
Außerhalb der Regierung bzw. gegen sie würden stehen:	
Sozialdemokraten	152 Mitglieder
Deutschnationalen	65
Kommunisten	55
Rationalsozialisten	12
Keinere Gruppen	14
208	

Die Opposition links von den Demokraten wäre mit 207 Mann allein schon bedeutend stärker als die Gesamtheit der Regierungsparteien. Ohne die Unterstützung der Deutschnationalen wird also die neue Regierung nicht leben können. Mit den Deutschnationalen zusammen würde sie über 208 Stimmen verfügen, das sind 12 mehr als die absolute Mehrheit. Bisher scheint jedoch die Deutschnationalen Partei gänzlich abgeneigt. Fraglich ist auch, ob

die drittstärkste der Regierungsparteien, nämlich die Demokratische Partei,

mit ihren 25 Mitgliedern bei der Stange bleiben könnte, wenn die Deutschnationalen offiziell mitmachen. Die Gesellschaft, die sich da zusammenschließt, ist so wie schon gemischt genug denn zu den Christlich-Nationalen der Gruppe Treviranus gehören auch ganz wilde Männer wie Dr. Wendhausen, die sich in nichts von den Rationalsozialisten unterscheiden.

Kein Wunder also, daß man gestern abend im Reichstag zu dieser Ministerliste ziemlich allgemein den Kopf schüttelte und daß man allgemein anmahnt, sie müsse noch ganz erheblich geändert werden, wenn ein ernst zu nehmendes Kabinett zustande kommen solle. Zumal auch noch völlig dunkel ist, wie Herr Brüning mit seinen 193 Mann, zu denen auch die 17 alles staunend absehenden Bayerischen Volksparteiler gehören, die Finanzreform machen will.

In späterer Stunde wird gemeldet, daß Herr Schiele auf der Beseitigung des Dr. Curtius aus dem Außenamt besteht, weil er nur dann in die Regierung einsteigen zu können glaubt, wenn eine Aenderung des Kurzes der auswärtigen Politik, namentlich gegenüber Polen, gesichert ist.

Herr Schiele ist als Führer des Landbundes ein fanatischer Bekämpfer des deutsch-polnischen Handelsvertrags.

den Dr. Curtius mit Hilfe des Warschauer Gelehrten Kaufher nach unendlicher Mühe zustande gebracht hat und zu verteidigen mitgeschloffen ist. Herr Brüning hat dem Führer der Volkspartei Scholz die Reichskanzlerchaft angeboten und Herr Scholz hat zugestimmt, aber nur unter der Bedingung, daß neben Moldenhauer auch Curtius im Kabinett bleibt.

Der Führer der Wirtschaftspartei, Dr. Bredt, soll seinen Eintritt in die Regierung von dem des Herrn Schiele abhängig gemacht haben. Schließlich wird behauptet, daß Herr Stegerwald die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums ablehne. Es gibt also noch Schwierigkeiten genug!

Reichstag verfaßt.

Der Vorkonferenz des Reichstags ermächtigte den Reichspräsidenten, den Tag der nächsten Sitzung des Reichstags festzusetzen, der Präsident wird die Sitzung berufen, sobald die neue Regierung in der Lage ist, sich dem Reichstag vorzustellen und die Regierungserklärung abzugeben. Es wird damit vom Dienstag ab gerechnet, so daß der Sonnabend und Sonntag von Plenarsitzungen frei bleiben.

Es geht schon los!

Die Deutschnationalen fordern eine Milliarde und ein Zahlungsmoratorium für den Osten.

Noch befindet sich Herr Brüning in den ersten Wehen seiner Regierungsbildung mit Schieles Hilfe, und schon sehen die Agrarier den Zeitpunkt gekommen für neue sinnlos übertriebene und absolut nicht zu erfüllende Forderungen. Obwohl die bisherige Reichsregierung ein zehnjähriges Ostprogramm bereits vorgelesen hat und bereits viele hundert Millionen insgesamt dem Osten an verlorenen Zuschüssen und Garantien zur Verfügung gestellt worden sind, wird unter Hinweis auf den Preisrückgang bei den landwirtschaftlichen Produkten alles, was bisher geschehen ist, für nichts erklärt, und es werden Forderungen aufgestellt, vor deren Bedenkenlosigkeit man erschrickt. Die Deutschnationalen Fraktion hat mit den Unterzeichneten Schieles, Hugenbergs und Oberführers im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der von der Reichsregierung folgendes gefordert wird:

„Die Vorlage eines besonderen Kriegesgesetzes für den Osten, das ganz allgemein einen Zahlungsausschub sicherstellt.“

Ein besonderes Gesetz, das im Falle von Zahlungsschwierigkeiten vor Einleitung von Zwangsversteigerungen und ähnlichen Maßnahmen ein außergerichtliches oder gerichtliches Vergleichsverfahren vorschreibt.

Die Bereitstellung von jährlich mindestens 200 Millionen Mark für den Osten auf die Dauer von fünf

Der Parteiauschuß.

Billigung der Haltung der Reichstagsfraktion.

Der Parteiauschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag mit der politischen Lage, die durch den Rücktritt des Kabinetts Herrmann Müller entstanden ist. Er billigte die Haltung der Reichstagsfraktion. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Partei den kommenden politischen Kämpfen einig und geschlossen entgegensteht.

Der Parteiauschuß nahm ferner den Vorschlag des Parteivorstandes zur Kenntnis, den internationalen Frauentag in diesem Jahre als eine Frauenbewegung in der Zeit vom 18. Mai bis 1. Juni zu veranstalten. Im Gedenken an Bebel's vor 50 Jahren erschienenen Buch sollen mit dem Motto: „Die Frau und der Sozialismus“ Veranstaltungen getroffen werden, für die der Parteiparat zur Werbung weiblicher Mitglieder vollständig eingespannt werden soll.

Einige organisatorische, nicht sehr dringliche Fragen wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Ueber den Verlauf der Sitzung des Parteiauschußes sind von verschiedener Seite in der Presse Einzelheiten behauptet worden, die völlig falsch sind. Es wird behauptet, daß eine Mehrheit des Parteiauschußes den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mißbilligt habe. Wie der obenstehende Bericht zeigt, sind diese Behauptungen erfunden.

Jahren zur Senkung der Zinsen auf Reichsbankdiskont, zur Schaffung eines Betriebserhaltungsfonds, zur Fortsetzung der Umschuldung und zur Regulierung der Kreditverhältnisse.

Endlich die Durchführung aller Hilfsmassnahmen ausschließlich durch die Kronjagalarverwaltung und die landwirtschaftliche Berufsvereinerung.

Was hier gefordert wird, ist ungeheuerlich. Wegen der vorhergehenden Verkaufsschwierigkeiten aus zwei und im Osten überreichen Ernten nicht weniger als eine Milliarde Mark aus Steuermitteln, die offenbar als reine Subvention gedacht ist! Der Gedanke der landwirtschaftlichen Selbsthilfe ist überhaupt erledigt. Die gesamte Kreditwirtschaft im Osten, jede Möglichkeit ihrer finanziellen Sanierung unter eigener Verantwortung der Landwirte wird gestiftet. Der Staat soll mit öffentlichen Mitteln die Befruchtung, d. h. die großagrarische Herrschaft, sicherstellen. Schließlich soll der Staat auch jede Kontrolle der von ihm zu gewährenden Mittel materieller und rechtlicher Art zugunsten der Landbundorganisation und ihrer Diener aufgeben, d. h. sich selbst entmachten.

Wir wolgern uns, solche Forderungen ernst zu nehmen. Wird irgendein Versuch gemacht, sie durchzuführen, dann hat schon jetzt der Zusammenbruch der noch nicht geborenen neuen Regierung begonnen. Die Forderungen geben eine Ahnung von den Schwierigkeiten, mit denen Herr Brüning zu rechnen haben wird!

Entlassung des Arbeitsmarkts.

Aber noch immer 3 278 000 Arbeitsuchende.

Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der ersten Märzhälfte 1930 um über 120 000 Personen auf den Stand von 2 258 000 am 15. März verringert. Diese Verringerung in der Anspruchnahme der Arbeitslosenversicherung beweist den Beginn der üblichen Frühjahrsentspannung auf dem Arbeitsmarkt der früheren Monate. Dagegen hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung noch, um etwa 9000 auf 286 000 Personen am 15. März 1930 zugenommen. Die Zahl der Notstandsarbeiter konnte um 6500 auf 25 000 Personen am 15. März 1930 erhöht werden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern, die bekanntlich höher ist als die der Unterstühtungsempfänger, betrug am 15. März rund 3 278 000 Personen. Diese Ziffer hat gegenüber dem Höchststand am 28. Februar 1930 um rund 88 000 abgenommen.

Frieds Ermächtigungsgesetz.

Volkspartei hofft auf „kluge und maßvolle“ Handhabung

Weimar, 28. März.

In der Nachmittagsitzung des Thüringer Landtages stand das Ermächtigungsgesetz zur Debatte. Die Sozialdemokraten lieh durch ihren Redner erklären, daß sie das Gesetz als verfassungsändernd und verfassungswidrig bezeichnen. Dieser Auffassung schloß sich heute auch der demokratische Vertreter an, der erklärte, daß er das Gesetz ablehnen werde. Die Deutsche Volkspartei lieh erklären, daß sie nach Ueberwindung gewisser Bedenken zu der Ueberzeugung gekommen sei, der Erfolg des Ermächtigungsgesetzes sei notwendig, und sie hoffe auf kluge und maßvolle Handhabung. Die Abstimmung über das Gesetz wird am Sonnabend normaltag erfolgen.

Anfrage wegen Hiltner.

Der Abg. Kallendach (Demokrat) brachte heute im Landtag von Thüringen eine kleine Anfrage ein, in der gefragt wird, ob es

zutreffe, daß man Adolf Hiltner die Erwerbung der thüringischen Staatsangehörigkeit ermöglichen wolle dadurch, daß ihn die Regierung pro forma als thüringischen Staatsbeamten einstelle, und ob die Regierung glaube, es mit ihren Amispolitiken vereinbaren zu können, das Staatsbeamtengesetz zu einer scheinbaren Anstellung Hiltner als Staatsbeamter zu dem Zwecke benutzen zu können, die sonst der Einbürgerung Hiltner entgegenstehenden Hindernisse zu umgehen und Hiltner dadurch einen persönlichen Gefallen zu erweisen.

Preussische Realsteuergesetze.

Für das Jahr 1930 verabschiedet.

In der Freitagssitzung hat der Preussische Landtag die drei preussischen Realsteuergesetze, Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer und Gewerbesteuer, für das Jahr 1930 angenommen. Es gab einen kurzen aber hitzigen Endkampf. In allen vergangenen Jahren hatten Rechtsparteien und Kommunisten die Verabschiedung der Steuergesetze im Parlament durch Obstruktion verhindert und die Regierung auf den Weg der Notverordnungen gezwungen. Jetzt zum ersten Male verzichteten sie auf Obstruktion, und die Wirtschaftspartei stimmte sogar für die Gewerbesteuer!

Die Jahre des vergangenen Jahres hat gewirkt. Schon im vergangenen Jahre hatte der Landtag die Einbeziehung der freien Berufs in die Gewerbesteuer beschlossen. Aber schließlich war die Erhebung der ganzen Steuergesetze durch Obstruktion unmöglich geworden, und durch Notverordnung lieh sich natürlich eine Aenderung des Gesetzes nicht einführen. Infolgedessen trugen Wirtschaftspartei und Deutschnationalen die Verantwortung dafür, daß im Jahre 1929 die Gewerbesteuer allein die Gewerbesteuer zahlen mußten. Für ein zweites Jahr die gleiche Verantwortung auf sich zu laden, hätten sie begreifen derweise keine Lust, und so waren sie heute eifrig beforzt, die parlamentarische Verabschiedung der Steuergesetze sicherzustellen. Die Regierungsmehrheit lieh infolgedessen ausgerechnet bei den Steuervorlagen bis auf über 100 Stimmen an.

In die Abstimmungen über die Steuern schlossen sich noch einmal zwei Stunden lang namentliche Abstimmungen über Strafverfolgungssachen: zwei nationalsozialistische und fünf kommunistische Abgeordnete wurden zur Strafverfolgung freigegeben.

Am Sonnabend steht der zweite Teil der allgemeinen Justizdebatte, der Strafpoßzug, auf der Tagesordnung.

Frankreich und die Sanktionen

Kammerauschuss stellt fest: Nur Wirtschaftsmaßnahmen. Herriot gegen Lardieu.

Paris, 28. März. (Eigenbericht.)

Der zweite Tag der Young-Diskussion in der Kammer ging ohne besonderen Zwischenfall vor sich. Als erster Redner der Regierungspartei erläuterte der Deputierte Jean Fabry die Gründe, weshalb er und seine Genossen für die Ratifikation stimmen werden. Der Young-Plan selbst biete unzulänglich mehr positive als negative Sicherheiten. Was die politischen Konsequenzen des Planes betreffe, die Rheinlanddrängung vor allem, so sei das mit ihr verbundene Risiko zwar nicht zu übersehen, doch müsse Frankreich dies im Interesse der europäischen Friedenspolitik auf sich nehmen.

Der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, steht dem Young-Plan mit ebenso scharfer Ablehnung gegenüber, wie seinerzeit dem Dawes-Plan. Er gestehe die seit 1921 eingeschlagene „Verzichtspolitik“ Frankreichs und brachte das mathematische Kunststück zustande, der Kammer vorzurechnen, daß die ursprünglich festgesetzte Reparationsschuld Deutschlands im Young-Plan auf ein Zehntel reduziert sei. Schließlich warnte Dubois die Kammer vor den Konsequenzen des neuen Planes.

Als letzter Redner der Vormittagssitzung ergriff Herriot das Wort, dessen Ausführungen im Zeichen einer persönlichen Polemik gegen Lardieu standen. Der Ministerpräsident hatte vor einigen Monaten behauptet, Herriot hätte seinerzeit in London auf wesentliche Artikel des Friedensvertrages, so auf den Sanktionsartikel 430 verzichtet und dadurch die Position Frankreichs bei allen Reparationsverhandlungen derart erschüttert, daß Lardieu und seine Kollegen in Haag gezwungen waren, in der Sanktionsfrage nachzugeben. Herriot hat dem Ministerpräsidenten diesen Ausfall nie verziehen und verteidigte sich auch am Freitag leidenschaftlich gegen Lardieus Vorwürfe, wobei er sich soweit hinreißt, sein Bedauern über die Aufgabe des Rechtes auf die Wiederbefreiung deutschen Territoriums laut Artikel 430 auszudrücken.

Aus dem Bericht des auswärtigen Kammerauschusses über die Sanktionsfrage ergibt sich, daß auch nach einer Zerstückung des Young-Plans Frankreich nicht das Recht auf militärische, sondern im Rahmen der Völkervereinigung und des Kellogg-Pakties nur auf finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen hat.

Gesuch nach Moskau.

Brandler will wieder in die Komintern.

Die rechtskommunistische Brandler-Gruppe hat an die Exekutive der III. Internationale ein Wiederantragsgesuch gerichtet. In dem Gesuch wird zunächst auf die in den Moskauer Parteifunktionen grassierende Schwundlust hingewiesen. So heißt es von England, daß dort die kommunistische Partei nur noch wenige tausend Mitglieder besitze, in Frankreich gebe es höchstens noch 15 000, nachdem ebenfalls die Partei verlassen hätten. In der Zukunft sei ein ähnliches Bild, während es in Deutschland folgendermaßen aussieht:

In Deutschland ist der Mitgliederbestand der Partei zurückgegangen. Die Zellensammlungen werden durchschnittlich von nicht mehr als 10 bis 20 Proz. der Mitglieder besucht. Die Parteipresse befindet sich infolge beträchtlicher Abminderungen in einer Krise, die zur Umwandlung einer ganzen Reihe selbständiger Zeitungen in Kopiersätze führte und die auch eine der Ursachen ist für die Verfalls des K. A. Die mühsam aufgebauten Parteibetriebe zu verkleinern. Bei den letzten Parlaments-, Gemeinde-, Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen hat die Partei fast durchweg Stimmen eingebüßt. Die Partei hat in den Gewerkschaften so gut wie alle ihre Positionen verloren. In Berlin z. B. hat sie keine einzige Ortsverwaltung eines freigewerkschaftlichen Verbandes mehr. Die von ihr geschaffenen neuen Splitterorganisationen sind aktionsunfähige Zwerggebilde. Die Wahlen „roter Betriebsräte“ haben entscheidend beigetragen zur Schwächung der Position der Partei in den Gewerkschaften. Da wo „rote Betriebsräte“ tätig waren, haben Neuwahlen fast regelmäßig zu Niederlagen der Partei geführt. In den übrigen proletarischen Massenorganisationen hat die Partei ebenfalls gewaltig an Einfluß verloren (Freidenker, Arbeiter Sportorganisationen). Die rote Hilfe ist durch den fraktionellen Mißbrauch durch das gegenwärtige Zentralkomitee geschwächt und finanziell zerrüttet worden.

Weiter heißt es in dem Gesuch, daß die von der Exekutive angelegten „Kampftage“ statt zu Erfolgen zu Niederlagen geführt hätten. Die Ursache sei in dem Versuch zu sehen, Methoden der russischen kommunistischen Partei mechanisch auf Deutschland zu übertragen. Auch seien die kommunistischen Parteien an „prinzipienlose und korrupte Elemente“ ausgeliefert. Die neuerdings beschlossene bürokratische Wendung von oben vertritt nur die Mitgliedschaft und sei völlig ortlos. Die K. P. D. wolle den Kurs auf rote Betriebsräte und Gewerkschaftspaltung weiterverfolgen. Statt dessen müsse dieser ultralinke Kurs liquidiert und durch die Einheitsfronttaktik ersetzt werden.

Zum Schluß ihres Wiederantragsgesuchs stellt die Brandler-Gruppe folgende Forderungen:

1. Sofortige Zurücknahme aller Ausschüsse und Wahregulungen gegen die Gegner des linken-ultralinken Kurses.
2. Sofortige internationale Diskussion auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus zur Herbeiführung der politischen Linie der kommunistischen Internationale.
3. Neuwahl der Parteileitung und Parteifunktionäre bis einschließlich der Exekutive der K. P. D. als Ergebnis einer solchen Diskussion.
4. Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Untersuchung der Korruptionsfälle und Säuberung der Parteien von korrupten Elementen.
5. Durchführung des Grundgesetzes, daß die Sektionen der K. P. verpflichtet sind, die erforderlichen Mittel für ihre reguläre Arbeit in legalen Zeiten aus Beiträgen der Mitglieder aufzubringen.

Über die Erfolgsmöglichkeiten ihres Gesuchs geben sich die ausgeschlossenen Kommunisten keiner Illusion hin: „Moskau wird es als verfrüht ablehnen.“

Verfassungsänderung in Hessen.

Verlängerung der Legislaturperiode.

Darmstadt, 28. März. (Eigenbericht.)

Der Hessische Landtag beschloß am Freitag gegen Kommunisten und Deutsche Volkspartei, seine Legislaturperiode von drei auf vier Jahre zu verlängern. Außerdem hat der Landtag nach der Aenderung das Recht, sich mit qualifizierter Mehrheit selbst aufzulösen.

Schwieriges Problem.



„Was nützt es schon, wenn ich all' die kleinen Haufen zusammenschippe? Ohne den großen Berg wird es doch keine Mehrheit!“

Das „Berliner Gesetz“.

Entscheidung im Plenum des Preussischen Staatsrats erfolgt.

Seit dem 21. März haben der Gemeinde- und der Verfassungsausschuss des Preussischen Staatsrates gemeinsam den vorliegenden Entwurf des in den letzten Wochen eingehend und lebhaft erörterten „Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin“ vorberaten. Am 28. März hat das Plenum des Staatsrates zu den Ergebnissen der Ausschussberatungen Stellung genommen. Diese Stellungnahme gleicht nach den geltenden Verfassungsbestimmungen nicht den Entscheidungen der anderen Parlamente (Reichstag, Landtag), sie schließt vielmehr nur eine gutachtliche Äußerung in sich, über die der Preussische Landtag durch seine endgültige Beschlussfassung mit zu entscheiden hat.

Der Berliner Stadtverordnetenvorsteher Haß, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Plenum des Staatsrates, gab im Ausschuss in zusammenhängender, sehr treffender Darstellung die Begründung für folgenden grundsätzlichen sozialdemokratischen Antrag: Die Erledigung des Gesetzes Groß-Berlin wird aus Gründen der Zweckmäßigkeit und aus grundsätzlichen gesetzgeberischen Erwägungen bis zur Beratung des Gesetzes über die allgemeine Selbstverwaltung zurückgestellt.

Der Inhalt dieses sozialdemokratischen Antrages hat seinen Niederschlag gefunden in der Einleitung zu dem vom Plenum angenommenen schriftlichen Gutachten. Dort heißt es:

Der Staatsrat hält es für dringend geboten, die Beratschlagung des Berliner Gesetzes nicht vor dem allgemeinen Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung vorzunehmen.

So wird für Berlin die Bürgermeisterversaffung festgelegt, während doch die Möglichkeit besteht, daß das allgemeine Gesetz die Wahl zwischen beiden Verfassungen entsprechend dem früheren Entwurfe der Städteordnung zuläßt.

Trotz der in dem sozialdemokratischen Antrage zum Ausdruck kommenden Tendenz der vorläufigen Beratschlagung konnte natürlich nicht, wie die Kommunisten es wollten, auf die Einzelberatung völlig verzichtet werden. Hätte man dieses getan, wäre unter Umständen eine Verabschiedung dieses Entwurfs im Plenum des Staatsrates durch eine Zufallsmehrheit eventuell möglich geworden in einer Form, die die Berliner Kommunalarbeit zum Teil hemmende Gestaltung des Regierungsentwurfs, völlig unverändert gelassen hätte.

Für die sozialdemokratischen Mitglieder des Preussischen Staatsrates war die Rücksicht ihres grundsätzlichen Vorgehens gegeben in den Parteiprogrammversammlungen, in Sonderheit auch in den kommunalpolitischen Richtlinien, die neulich schon eingehend im „Vorwärts“ erörtert wurden. Für die Gestaltung einer neuen Gemeindeverfassung ist dort das „Einförpersystem“ als zwingendes Parteigesetz verankert.

Der Regierungsentwurf zeigte nicht nur die in ihren Wirkungen hiermit nicht in Einklang zu bringende rheinische Bürgermeisterversaffung, sondern überstapelte diese noch zum Schaden wichtiger Selbstverwaltung.

Es ist trotz der intensiven Arbeit der sozialdemokratischen Staatsratsmitglieder, nicht zuletzt auch der Berliner Vertreter, leider nur zum Teil gelungen, Schärken zu beseitigen. Durch Umsoll der bürgerlichen Fraktionen im Plenum ist eine wichtige Verbesserung wieder gehindert worden.

Der Oberbürgermeister sollte nach der Entscheidung des Ausschusses nicht mehr die Stadtvertretung (Stadtverordnetenversammlung) leiten. Diese sollte wie bisher ihren Vorsitzenden selbst wählen können.

§ 41, Abs. 1 des Entwurfs enthielt die Bestimmung: Nach dem Beschluß der Mehrheit des Plenums ist der Oberbürgermeister wieder Wähler der Stadtvertretung.

Der Oberbürgermeister ist beauftragt, an Stelle der Stadtvertretung oder des Gemeindeausschusses dringende Maßnahmen zu treffen, die sofort ausgeführt werden müssen.

Diese Bestimmung, die dem Oberbürgermeister geradezu diktatorische Vollmachten gegeben hätte, ist gefallen. Sie ist ersetzt worden durch die folgende:

„Der Oberbürgermeister führt die Verwaltung.“

Nach der bisherigen Fassung des § 7 sollte allein der Oberbürgermeister berechtigt sein, jede Angelegenheit vor der Beschlussfassung durch die Stadtvertretung in einem Verwaltungsausschuss (bisher „Deputation“) vorberaten zu lassen. Nach der vorgenommenen Aenderung könnte dies auch ein Drittel der Stadtvertretung beantragen.

Ueber eine zukünftige andere Gliederung und Abgrenzung der Bezirke hat (nach § 2, Abs. 2) eine Verordnung des Staatsministeriums Näheres zu bestimmen. Vorher müssen — nach der Entscheidung des Staatsrates — die städtischen Körperschaften (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung) gehört werden.

Als Verwaltungsorgane der Bezirke sind die im Entwurf vorgesehenen „Bezirksräte“ akzeptiert worden. Das hauptsächlichste über sie ist in den §§ 44 und 46 neugefaßt wie folgt gefaßt:

Dem Bezirksrat liegt die Beschlussfassung in den Angelegenheiten der engeren örtlichen Gemeinschaft des Bezirks sowie die Verwaltung dieser Angelegenheiten ob.

Die Bezirksbürgermeister führen die laufenden Geschäfte. Im übrigen sollen für sie die für den Oberbürgermeister geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden.

Nicht völlig klar gestaltet werden konnte trotz des Bemühens, dies zu erreichen, der Charakter des sogenannten Stadtgemeindevorstandes. Sollten die ihn betreffenden Bestimmungen Gesetz werden, so wird ihre praktische Handhabung und die Beamtung des ehrenamtlichen Elements viele Unklarheiten beseitigen müssen.

Die Stadtvertretung soll im Zukunft 150 Mitglieder (jezt 225) zählen, sofern es bei den jetzigen Bestimmungen bleibt. Der Stadtgemeindevorstand soll 84 Mitglieder haben. Hingutritt auch hier der stimmberechtigige Oberbürgermeister als Leiter. Ursprünglich waren für den Stadtgemeindevorstand 29 Mitglieder vorgesehen. Ueber die Staatsaufsicht usw. sagt das Gutachten folgendes:

„Die Bestimmungen über Staatsaufsicht und Auftragsangelegenheiten (§§ 78 bis 81) können ohne Nachteil aus dem Gesetz entnommen werden. In dieser Richtung reicht die weitere Geltung der zur Zeit bestehenden Vorschriften bis zur allgemeinen Neuregelung aus.“

Für den Fall, daß dieser Auffassung die Regierung nicht beitrifft, sind eine Anzahl Bestimmungen neu eingefügt worden, die zum Teil als Verbesserungen angesehen werden können.

In der vom Staatsrat beschlossenen Fassung darf der Entwurf keinesfalls Gesetz werden. Immerhin hat aber jetzt der Entwurf durch die Mitarbeit der sozialdemokratischen Vertreter im Staatsrat in einzelnen Teilen eine Gestalt erhalten, die für die Beratungen des Landtags eine verbesserte Grundlage darstellt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Landtags müssen vor allem zunächst zu erreichen suchen, daß das Groß-Berliner Gesetz nicht vor dem allgemeinen Selbstverwaltungs-gesetz verabschiedet wird. Die durch Standhaftigkeit und Mühsamkeit genährte Abneigung gegen Berlin darf nicht zu einer Ausnahmehandlung Berlins führen.

Nachspiel zum Sturm auf Opelwerke.

Immunität des Anführers aufgehoben.

Darmstadt, 28. März. (Eigenbericht.)

Der heftige Landtag beschloß am Freitag gegen die Stimmen der Kommunisten, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Sumpf aufzuheben. Sumpf war einer der maßgebenden kommunistischen Führer bei dem Sturm auf die Opelwerke.

In der Aussprache, die der Aufhebung der Immunität des Abg. Sumpf vorausging, kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen der K. P. D. und der Sozialdemokratie. Die Kommunisten griffen vor allem den sozialdemokratischen Innenminister Leuschner heftig an, weil er, einer Bitte des Betriebsrats der Opelwerke entsprechend, polizeilichen Schutz nach Rüsselsheim geschickt hatte. Leuschner erklärte, daß die Polizei weder Gummiknüppel noch Waffen gebraucht habe, denn als sie erschienen sei, hätten die Führer des Putches geradezu gezittert. Es sei seine Pflicht gewesen, die 7000 Arbeiter des Betriebes vor der Entlassung zu schützen und die hirnverbrannten kommunistischen Putchisten in ihre Grenzen zurückzuweisen.

Japanische Stadt durch Feuer zerstört.

700 Häuser eingäschert.

Tokio, 28. März.

In der Stadt Komatsumachi im Nordosten von Japan ereignete sich eine ungeheure Feuersbrunst. 700 Häuser wurden eingäschert, u. a. auch die Polizeistation, mehrere Schulen und das Bürgermeisterei. Ein Feuerwehrmann wurde getötet und drei andere erlitten bei den Löscharbeiten schwere Brandwunden. Der Sachschaden wird auf über eine Million Yen geschätzt. Die Ursache der Feuersbrunst konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Presse und städtische Grundstücksgeschäfte

Wie der Kredit Berlins zum Schaden der Bevölkerung untergraben wird

Gerüchte über Unregelmäßigkeiten bei den von der Stadt im Zusammenhang mit den Untergrundbahnbauten durchgeführten Grundstücksgeschäften sind einem Teil der Berliner Presse Anlaß, wieder die Stadt Berlin und ihre Verwaltung zu diskreditieren. Es muß sehr bedauert werden, daß auch Blätter, die sonst als verantwortungsvoll bezeichnet werden konnten, sich an dieser Heiße beteiligen. Zumal die Angriffe zu einer Zeit erfolgen, wo genaueres Material überhaupt noch nicht vorliegt. Beinahe scheint es, daß in der Untergrabung des Berliner Kredits System liegt und man fragt sich, ob die bürgerliche Presse vielleicht ein Interesse daran hat, befähigten und tüchtigen Persönlichkeiten das Arbeiten in der öffentlichen Wirtschaft allmählich völlig zu verleidern. In einer gestern abgehaltenen kommunalpolitischen Konferenz äußerten sich nimmliche Vertreter des Berliner Magistrats zu den erhobenen Vorwürfen und gaben eine eingehende Darstellung der abgeschlossenen Geschäfte.

Stadtsyndikus Dr. Lange schilderte noch einmal die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und jenem Anwalt, der angeblich belastendes Material über den Ankauf des Gutes Düppel für ein Honorar von 45000 Mark an den Magistrat verkaufen wollte. Bekanntlich sind diese Akten von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden und werden einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Dann verteidigte

Stadtrat Reuter

in einem groß angelegten Referat und an Hand zahlreicher Plakatlinsienpläne die großzügige Verkehrspolitik der Stadt. Er wies einleitend darauf hin, daß völlig falsche Ausstellungen der Presse den Kredit Berlins untergraben und so das Interesse der gesamten Bürgerschaft schwer schädigen könnten. Die ersten Anläufe am Alexanderplatz seien 1926 erfolgt. Sie seien in den Jahren 1927/28 fortgesetzt worden. Es sei festzustellen, daß die städtischen Körperkassen ihre Plakatlinsienpläne nicht eher veräußerten, als bis die notwendigen Anläufe von Grundstücken und Häusern freihändig durchgeführt waren. Ein anderes Verfahren hätte automatisch ein katastrophales Ansteigen der Grundstückspreise nach sich gezogen. Man habe sich bei der Durchführung der Geschäfte Rattler und in zwei Fällen eigens für die Abwicklung der Geschäfte gegründeten Gesellschaften „Semper Idem“ und der Berolina Aktiengesellschaft bedienen müssen, um möglichst niedrige Preise zu erzielen. In Fällen, in denen es nicht möglich war, die Tatsache zu verbergen, daß die Stadt die Käuferin war,

habe man im Enteignungsverfahren, das dringend einer Revision bedürftig, im Durchschnitt 50 Proz. mehr zahlen müssen als im freihändigen Kauf.

Diese Feststellung wurde anschließend durch den Stadtrat Jangemüller an praktischen Beispielen treffend bewiesen. Reuter stellte dann fest, daß für die gesamten Käufe eine Summe von rund 150 Mill. M. aufgewandt worden ist. Hieron seien 15 Mill. M. an Steuern aufzuwenden gewesen, so daß insgesamt, wenn man die Gemeinnützigkeiten und die Abzüge für neu gewonnenes Straßenland abzieht, die Stadt etwa 90 Mill. M. habe aufbringen müssen. Von den Grundstückswerten werden voraussichtlich rund 20 Mill. M. im Besitz der städtischen Verkehrs-M.G. bleiben. Der Rest sei transitorischer Natur. Sobald

die technischen Arbeiten durchgeführt seien, könne man die Grundstücke wieder abstoßen. Allerdings seien die Meinungen darüber geteilt, ob der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür besonders günstig sei. Der Redner betonte, die Notwendigkeit einer schnellen Wiederaufführung abgerissener Gebäude, um eine Verminderung der Grundstücke zu verhindern. Es sei jedem Einsichtigen klar, daß eine so gewaltige völlige Umgestaltung der City, wie sie Berlin durch seine großen Verkehrsbauten durchführe, nicht ohne Opfer erfolgen könnte. Die Entscheidung aber werde zeigen, daß die auf lange Sicht betriebene großzügige Verkehrspolitik richtig war. Nach Verlauf einiger Jahre werde auch die Deffenlichkeit diese Politik ganz anders beurteilen, als es in dieser Zeit der Depression möglich sei.

Am Schluß seiner Ausführungen kam Stadtrat Reuter noch auf die persönlichen Angriffe der Presse auf Funktionäre der Stadt Berlin zu sprechen. Gegen Verleumdungen und unbedingte Angriffe sei man heute beinahe machtlos, er lehne es für seinen Teil ab, auf jeden Anwurf mit einem Dementi zu antworten. Er sei der festen Überzeugung, daß kein städtischer Beamter sich persönliche Vorteile bei den Grundstücksgeschäften geholt habe. Sollten die Untersuchungen belastende Tatsachen ergeben, so sei es selbstverständlich, daß die Betroffenen rückwärtslos zur Verantwortung gezogen würden.

Die Grundstückskäufe im Starek-Ausschuß.

Der Starek-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Freitagabend mit der Tätigkeit des Abgeordneten Heilmann als Schlichter in Enteignungssachen. Als Zeuge hierzu wurde der Syndikus der Nord-Südbahn A.G. (Berliner Verkehrs-Gesellschaft), Rechtsanwalt und Ratgeber, Bezirksverordneter der Deutschen Volkspartei im Bezirk Steglitz, vernommen. Dahnner gab an, daß Heilmann in etwa 150 Enteignungsfällen als Schlichter mitgewirkt und in mindestens 100 Fällen eine Einigung der Parteien herbeigeführt hätte. Die Gebühren seien noch keinem Vorstoß so berechnet worden, daß eine einfache Anwaltsgebühr zweiter Instanz nicht von dem geforderten Betrag, sondern von der wirtlichen Entschädigungssumme zugrundegelegt worden sei. Danach habe Heilmann insgesamt 10 000 Mark im Jahre 1927, 21 625 M. im Jahre 1928 und 15 000 M. im Jahre 1929 erhalten. Bei ihm sei Abgeordneter Siering und gleichzeitig in einem Falle Abgeordneter Hallensleben als Schlichter tätig gewesen. Außerdem habe Heilmann an zwei Schlichtergerichten mitgewirkt. Auf Verlangen des Abgeordneten Heilmann gab Dahnner weiter an, daß als Schlichter auch Stadtratsverordneter Caspari tätig gewesen sei, und zwar auf Vorschlag der Verkehrs-Gesellschaft, ferner auf Vorschlag der Enteigneten Reichstagsabgeordneter Otto Strauß (Wirtschaftspartei) und Stadtrat Reuter (Volkspartei). Stadtrat Reuter (Deutschnational) habe in einem der Verfahren auf Ersuchen der Enteigneten ein Gutachten abgegeben, das zu sehr viel höheren Entschädigungssummen gekommen sei als das Schlichtergutachten. Eine Entscheidung darüber, ob ein Grundstück erworben werden sollte oder nicht, habe der Schlichter niemals gehabt; an den Schlichter hätte man sich stets gewandt, wenn die Enteignung als solche bereits feststünde hätte. Auch eine Entscheidung über die Höhe der Entschädigung habe der Schlichter niemals fällen können; er habe vielmehr in jedem einzelnen Falle betont, daß er den Parteien nur einen Einigungsorschlag machen könne und daß die Parteien selbst entscheiden müßten, ob sie ihn annehmen oder ablehnen wollten. Im letzteren Falle sei das formelle Enteignungsverfahren durchgeführt worden. Der Ausschuß verlas die Güterkäufe der Stadt Berlin erörtert werden.

Straflose Bestimmungsmensur

Schöffengericht in Gegensatz zum Reichsgericht.

Das Fechten als Sport ist gleich jedem anderen Sport gestattet. Die studentischen Bestimmungsmensur hingegen, d. h. das Gegenüberstellen zweier Mitglieder von schlagenden studentischen Verbindungen auf Vereinbarung der Fechtwarte zur Ausübung eines Kampfes mit Rapieren, ist verboten. Das Reichsgericht erklärt die Bestimmungsmensur für einen strafbaren Zweikampf, die Schläger für tödliche Waffen; tatsächlich hat die Mensur bereits mehr als einmal jungen Menschen das Leben gekostet. Die Studenten der schlagenden Verbindungen lehnen sich aber nicht um das Gesetz.

Auf Grund eines anonymen Schreibens hatten sich jetzt zehn Studenten vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen unerlaubten Zweikampfes zu verantworten. Alle zehn erklärten, tatsächlich Bestimmungsmensur geschrien zu haben, bestritten aber, daß die Waffen als tödlich zu bezeichnen seien und ihnen überhaupt die Strafbareit ihres Handelns bekannt gewesen. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund einer Reichsgerichtsentscheidung, die die Bestimmungsmensuren in eindeutiger Weise als verbotenen Zweikampf betrachtet, eine Festungsstrafe von je drei Monaten für jeden Angeklagten. Die Verteidigung widersprach diesem Antrag und plädierte auf Freispruch. Der Kampf gegen die Studentenmensuren sei nur eine Teilerklärung des Kampfes gegen die Korporationen überhaupt. Die Burdenschäfer, die sich ja als erste im Jahre 1848 zur Republik bekannt haben, würden eine derartige Behandlung nie verzeihen. Es liege auch eine große Unwahrscheinlichkeit darin, Richter und Staatsanwälte, die selbst zu tausenden Schmissen trügen, zu verurteilen, nur über Studenten wegen ausgetragener Studentenmensuren zu Gericht zu sitzen.

Das Gericht kam tatsächlich zu einem Freispruch sämtlicher Angeklagten.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Burkeri, u. a. aus, daß das Gericht sich ganz bemüht in Gegensatz zu dem Reichsgericht gestellt habe. Die Bestimmungsmensur sei nichts anderes als eine sportliche Betätigung. Die jungen Studenten sollen von früh an lernen, mit Mut und Unerbrotlichkeit sich der Waffe gegenüberzustellen und in einem solchen Wettstreit gut zu bestehen. Zur Frage, ob Schläger als tödliche Waffen zu betrachten seien, müsse gesagt werden, daß, während Schläger an sich tödlich wirken können, müsse man die Möglichkeit einer ernstlichen Verletzung bei dem konkreten Fall einer Bestimmungsmensur vernachlässigen, so daß auch in diesen Fällen die Schläger selbst nicht den Charakter einer tödlichen Waffe aufweisen.

Das Urteil wurde von den mehreren hundert Studenten, die den Zuschauerraum füllten, mit lebhaften Beifallssturm begrüßt. In Wirklichkeit gibt es aber zu ermittelten Bedenken Anlaß; es steht nicht nur in Widerspruch zu der Reichsgerichtsentscheidung, sondern auch zum neuen Strafgesetzbuchentwurf und zum Geist des demokratischen Staates. Die Erziehung der Jugend kann auch auf andere Weise vor sich gehen, und es ist nicht einzusehen, weshalb die jungen Studenten erlernen sollten, „mit Mut und Unerbrotlichkeit sich der Waffe gegenüberzustellen“. In bürgerlichen Verhältnissen steht man anderen Dingen gegenüber als Waffen. Eine Vorbereitung für neues Völkerringen ist gleichfalls nicht im Sinne der Demokratie. Die Staatsanwaltschaft wird zweifelhafte Beurteilung entgegen, die zweite Instanz schließlich dem Sonderrichter recht geben, und das Reichsgericht sich nicht mit seiner eigenen Entscheidung in Widerspruch setzen.

Die Darmstädter und Nationalbank veröffentlicht in der heutigen Ausgabe den Geschäftsbericht für 1929, worauf wir hiermit hinweisen.



Søndrups Aftenblad, 15. Juni 1929:

Sonderbare Zusammenhänge.

Run sind volle vier Tage verflossen, seit ein junges Mädchen, das hier mitten im friedlichen Dänemark auf einer kleinen Insel lebte, spurlos verschwunden ist. Wir wollen niemandem einen Vorwurf machen, aber einige Fragen drängen sich jedem klar denkenden Menschen bei den Ereignissen dieser Woche doch nun einmal unwillkürlich auf.

Vor allem: ist es wirklich nur Zufall, der zwei so auffällige Tatsachen wie eine Explosion und das Verschwinden eines Menschen an ein und demselben Abend, ja, man kann beinahe sagen, zu ein und derselben Stunde zusammenfallen läßt? Denn die Ossipowna wurde seit dem Brand von niemandem mehr gesehen, und, was noch auffälliger ist, sie wurde auch, als die Leute von weit und breit bei dem Badehaus zusammenströmten, unter den Zuschauern nicht bemerkt. Run war die Ossipowna, wie die ganze Insel einem beständigen Lärm, ein ungeheurer neugieriges kleines Ding, das einmal immer und überall dabei sein mußte. Der gewaltige Brand sollte sie, selbst wenn sie einen übermütigen Streich vorhatte, nicht angeht haben? Gibt das nicht zu denken?

Und außerdem: was weiß man von der Ossipowna? Daß sie hübsch war und noch sehr kindlich und ein klein wenig feiert, daß sie bei ihrer Tante lebte, daß sie recht nett geigte und sehr viel rauchte. Weiß man sonst noch etwas? Lange Mädchen in ihrem Alter pflegen doch auch andere Geheimnisse zu haben. Weiß man, mit wem sie befreundet war, mit wem sie verkehrte, wem sie vielleicht gar ihr Herz geliehen hatte? Weiß man, warum die Ossipowna sich an dem Katastrophenabend von dem Führmann Hansen überlegen ließ? Rein, man weiß nichts, gar nichts weiß man von dem armen jungen Kind.

Wie gesagt, wir wollen niemand beschuldigen. Vielleicht arbeiten die Behörden schon in aller Stille, vielleicht sind sie gar schon einem dunklen Geheimnis auf der Spur.

Dagens Nyheder, Kopenhagen, 16. Juni 1929:

Die verschollene Russin. — Unerhörte Lässigkeit der Provinzpolizei. — Was geht vor auf Llynö?

Die Gleichgültigkeit, mit der nicht nur die Behörden, sondern die gesamte Dessenlichkeit über die Tatsache, daß ein Mensch, ein junges Mädchen, ein halbes Kind noch von einem Tag zum andern spurlos verschwindet, während gleichzeitig ein ganzes Haus in die Luft steigt, hinweggehen, schreit wirklich und wahrhaftig schon zum Himmel. Wo bleibt die berühmte, die vielgepriesene Ordnung in unserem kleinen Vaterland, wenn derartiges ungeführt bleiben darf? Hier kann und muß man ja schon von einem wahren Vertuschungssystem sprechen.

Gibt es in Dänemark keine Verbrechen? Optimisten möchten das manchmal gerne behaupten. Aber man denke nur an die Frauenleiche von Ristinge. Heute weiß man noch nicht, wer die Unglückliche in den See eingeworfen hat, in dem sie dann von den Fischern am Strand gefunden wurde. Wie lange ist das her? Noch nicht drei Jahre. Aber man spricht nicht gerne von unangenehmen Dingen, da geht man lieber zur Tagesordnung über und unterhält sich über das fabelhafte Tennismatch bei Großkaufmann Hansen oder die letzte Premiere im Betty Ransens-Theater. Wer kümmert sich weiter um ein verschwendetes junges Mädchen?

In Søndrup lähelt man jedenfalls entschlossen zu sein, der Angelegenheit kein Gewicht beizulegen. Die guten Leute fürchten wohl für die Saison ihrer paar winzigen Badehotels. Run, mit besonderem Behagen wird man heuer wohl kaum an den Gestaden von Llynö und Umgebung herumspazieren. Eine Hallenmaschine — man weiß nicht, wer sie eingeschmuggelt hat. . . . Und die Erinnerung an die fröhliche kleine Russin, die plötzlich mit einemmal vom Erdboden verschluckt worden ist. . . .

Was aber das am meisten Empörende ist: die Søndruper Blätter entblenden sich nicht, aus lauter Angst, einer der braven Spiegbürger könnte mal eine schlechte Nacht haben, das Andenken der armen Verschollenen auch noch zu verunglimpfen, sie sprechen von ihrer Kosterlie, ihren übermütigen Streichen, sie wipeln und spötteln und fordern das „kleine Fräulein“ auf, doch wieder zu der Tante, die gewiß nicht lange böse sein wird, zurückzukehren. Das ist nicht mehr Leichtsinns, das ist schon Zynismus.

So kann das nicht weitergehen. Das ist eine Schande für ganz Dänemark. Und wenn das Land schon in seinem faulen, jatten Behagen zu verweilen fast entschlossen ist, so werden eben wir von der Hauptstadt aus nicht ruhen noch rasten,

bis wir den mysteriösen Vorgängen auf Llynö auf die Spur gekommen sind. Auch auf die Gefahr hin, die ganze Badeaison samt ihrer zahlreichen Bettfedern zu stören. Wir werden so lange schreien, bis wir das Gewissen von ganz Søndrup und Umgebung wacherüttelt haben: wo ist Marja Ossipowna Morisson? Wer trägt die Schuld an ihrem Verschwinden? Wer hat das Badehaus von Aaresund in die Luft gesprengt? B. S.

Søndrups Aftenblad, 17. Juni 1929:

Søndrups Rusin in Gefahr!

Nicht mit Unrecht wird die ganze Presse der Hauptstadt in einer allerdings manchmal verletzenden Weise der Stadt Søndrup vor, daß hier mit einer wahrhaft provinziellen Gemeinlichkeit Dinge behandelt werden, die anderswo die Leute zur Raserei bringen müßten. Daß man in Dänemark gewohnt ist, alles auf die leichte Schulter zu nehmen, weiß man; das bedeutet aber doch noch nicht, daß man völlig herzlos und gleichgültig gegen das Schicksal seiner Nächsten ist.

Wir waren die ersten, die das Verschwinden der Ossipowna nicht nur nicht leicht genommen, sondern die auch sofort auf das Zusammenfallen mit der Explosion von Aaresund hingewiesen haben. Man hat uns nicht hätten wollen. Run sind es volle sechs Tage her, daß das junge Mädchen verschwunden ist. Was haben die Behörden inzwischen geleistet. Wir warten auf eine Antwort.

Wir warten. Das heißt aber nicht, daß wir uns länger gedulden wollen. Wir in Søndrup und auch die Leute von der Insel Llynö dürfen den Anwurf, den ein Kopenhagener Blatt gegen uns erhebt, daß uns nämlich unsere Badeaison wichtiger ist als ein Menschenleben, nicht auf uns sitzen lassen.

Søndrups Antsols, 8. Juni 1929:

Die Ossipowna vielleicht in Paris.

Ueber den Verbleib der Ossipowna ist noch immer nichts Näheres bekannt. Frau Delius depechierte heute an ihre Schwägerin in Paris, bei der sie ihre Richte jetzt vermutet. Unerantwortliche Elemente gefallen sich darin, das Verschwinden der jungen Dame auf die willkürlichste Weise mit dem Brand des Aaresunder Badehäuschens in Verbindung zu bringen und dabei natürlich weidlich auf die zuständigen Behörden und die Gottleidank vernünftige und ruhige Bevölkerung loszuziehen. Frau Delius hatte gleich am ersten kritischen Tag die Liebenswürdigkeit, einen unserer Mitarbeiter zu empfangen und äußerte sich sofort nicht im geringsten befragt über ihre junge Nichte, deren Charakter sie wohl besser kennt als gewisse Leute, die einmal immer und überall ihre Sensation suchen müssen. (Fortf. folgt.)

Andreas Lutzko: Der junge Herr

Bodo von Prinzenstein war einziger Sohn und Erbe des berühmten Bankhauses S. Prinzenstein, das Eisenbahnen, Bergwerke, Mühlen und zahllose große Industrieunternehmungen majorisierte, und jede Existenzberechtigung verloren hätte, wäre der Knabe, für den sämtliche Räder des ungeheuren Konzerns sich drehten, aus dem Leben geschieden. Ganze Berge von Banknoten waren an Wohltätigkeitsanstalten und Wahlkassen abgeführt worden, nur um zwischen Vor- und Familiennamen des zukünftigen Universalerben das kurze Wörtchen „von“ einschreiben zu können, und es gehörte nicht zu den Geschäftsjouanciers der Firma Prinzenstein, so hohe Investitionen à fonds perdu zu machen.

Dieserhalb wurde unser Freund Bodo bei jedem leichten Windzuge oder drohendem Regenwetter in der geschlossenen Equipage zur Schule gebracht, was ihn um alle Kurzweil des üblichen Kriegerprobates brachte. Als Erbstück und weil ihm die einsame Fahrt im Wagen zu langweilig war, setzte er sich an einem besonders stürmischen Tage auf den Bod, neben dem alten Kutscher, und reagierte viel schlimmer auf diese erste Einwirkung der Elemente, als wir anderen, gewöhnlichen Frühgänger es getan hätten.

Die Folge war ein „Konstium“ von ruhmreichen Spezialärzten, und ein sogenannter „kleiner Eingriff“ in die Kehle des armen Bodo, zwecks Entfernung jener „Wandeln“ genannten Schwellungen, die etwa die Rolle des Blinddarmes im Halse spielen. Ihren Träger sind sie angeblich von feinerlei Nutzen, was durch ihre Entbehrlichkeit bewiesen wird, hingegen bedeutet ihre Exzipation erhöhten Schutz gegen fernere Entzündungen des Kehlkopfes, — und jedenfalls ein ansehnliches Operationshonorar für die Chirurgen, die ohne Mandeln und Blinddärme — anderer Leute nicht leben könnten.

Die kleine Operation mirlte im Hause Prinzenstein wie der erste präzisierte Beschel eines großen Schulners. Alle erreichbaren Autoritäten wurden herangezogen, um gegen den Verlust eines so wertvollen und unerfährlichen Altiums die geeigneten Maßnahmen anzuraten. Da nun die Gefahr, die der Kehle drohte, bereits beiseitigt war, rutschte die Sorgfalt tiefer herunter, bis in die Lunge, die reichlich Material für Bedenken und Berkehrungen lieferte, — denn wann wäre der Schöpfung jemals eine Lunge von solcher Vollkommenheit gelungen, daß ein Spezialarzt für Atmungsorgane bei einigem guten Willen keinerlei „Indikationen“ in ihr entdecken könnte, die Besorgnis zumindest rasch erscheinen lassen?

So kam unser Freund Bodo in Begleitung eines Hofmeisters nach Davos, und ich verlor ihn aus den Augen. Man betraufte ihn fleißig, horchte in ihn hinein, verbot ihm alles, was seine Altersgenossen sich erlauben durften, — was Wunder, daß er mit einem Anstuge von melancholischer Entlosgung von „notwendigen Beschränkungen“ sprach, da wir uns als Jünglinge wiedersehen. Natürlich wäre es Verleumdung, seine Herge der Gewinnlust zu verdächtigen! Sie hätten dieselben Anlagen und Möglichkeiten in dem Organismus eines anderen Knaben allerdings keiner Beachtung gewürdigt, — aber wird nicht auch ein Diamant viel vorsichtiger verpackt als ein Kieselstein? Auf die Lunge des armen Bodo war das Haus Prinzenstein mit seinem ganzen Reifensvermögen intabuliert, war es nicht Pflicht der Professoren, ihrer erhöhten Verantwortung bewußt zu sein?

Leider zeigte es sich, daß mit der leiblichen Sicherstellung allein noch lange nicht alle Gefahr abgewehrt war, denn ein so breit-schultriges, sportgestärktes, in allen Funktionen wie ein Uhrwerk reguliertes Phylitum auch die Sachverständigen dem jungen Prinzenstein angebricht hatten, seine Seele war in der Isolation wirksamkeitsfremd, weich und träumerisch geworden. Umkreist von Trabanten, die ihn keinen Augenblick der Sorge um sein eigenes Ich entschließen ließen, hatte er Auge und Ohr nach innen gewandt, und so einen Melodienreichtum in sich entdeckt, den es ihn mitzuteilen trieb.

Der junge Herr von Prinzenstein — Komponist?! . . . Man denke! Was bedeuteten denn die Gefahren, die empfindlichen Mandeln von Wetterstürzen drohten, gegenüber der zahllosen Entzündungen, Anfeindungen, Erregungen und Entmutigungen einer künstlerischen Laufbahn? Schöpferische Leistungen, die sich nicht nach Gewicht oder nach Karaten verlässlich werten ließen, einem Richard Wagner jahrzehntelang, einem Beethoven lebenslänglich nur zehrende Kämpfe und bitteres Bekanntwerden einbringen hatten — diese zu heiligen Fiktionsexperimenten herausfordernden Mandeln mußten erst recht unbedingt eliminiert werden! Aber sie saßen überrollenderweise viel feiner als jene im Halse; drei Eingriffe waren nötig, dreimal mußten die Kompositionen des jungen Prinzenstein von bezaghten Zuhörern ausgepiffen, mußten gewissenhaften Kritikern die Zeitungen umher der Feder weggekauft werden, ehe es gelang, das eminente Talent des Patienten definitiv zu entmutigen.

Aber die schlimmste Gefahr kam erst nach Gemährt, körperlich nicht für vollwertig, als Begabung überhaupt nicht anerkannt zu werden, barst der Himmel auseinander über Bodo von Prinzenstein, als die Tochter seines armen Kontrapunktprofessors sein Interesse so innig erwiderte, als wäre er der erstbeste gut-gewachsene junge Mann, mit Mandeln, Lungen- und Lebens-ausschüßen wie jeder andere.

Eine Liebesheirat? Mit einem armen Mädchen? . . . Und wenn der Beside hinterher entdecken sollte, daß er nur für seinen Reichtum erwählt worden war? — Zeigte ein junges Mädchen solches Talent zum Verlieben, so war die Garantie, daß ihr Herz wie eine Agave sich beheliden, und nicht auch ein zweites, drittes, viertes Mal Mähen werde? Zum erstenmal legte sich bei dieser einschneidenden Operation Bodo energisch zur Wehr, als ahnte er, daß diese letzte Exzipation die Wurzeln seines Seins gefährdete. Der Ernst des Falles bewog den Chef der Firma Prinzenstein, persönlich einzugreifen, ohne Rücksicht auf die schweren materiellen Opfer, die auf Prinzensteinsprache vergeudet Stunden seinem Sohn und Erben verursachen konnten. Umsonst suchte Bodo zu beweisen, daß sein Leben an dem Mädchen hänge, und all die eingebildeten Gefahren, die der Vater ausählte, jeder anderen, von väterlicher Besorgnis geknüpften Ehe gleichfalls drohten. Heirateten nicht auch steinreiche Mädchen, um noch reicher zu werden, weil sie an ein schwankenloses Wohlleben gewöhnt waren, das für die einfache Professorstochter nicht den geringsten Reiz hatte? Und gab es nicht in dem eigenen Familienkreise, unter den besten mathematischen Kandidaten abgeschlossene Ehen, die dennoch nicht gehalten hatten?

Wlein, was konnte das systematisch untergrabene Selbstvertrauen des jungen Prinzenstein gegen die an Millionenresultaten gemästete Ueberredungskraft des erfolgreichen Vaters? Eine Ver-

nunftige konnte nie ganz unglücklich werden, argumentierte der Alte, weil man in eine Vernunftige gar nicht mit der Erwartung rauschender Glücksgefühle eintrat, während eine Gemeinshaft, von der sich beide Teile die selbigen Erfüllungen versprochen hatten, nur mit Enttäuschungen enden konnte. Durfte ein gefühlloser, und vor allem gewissenhafter Mann ein wirklich geliebtes Wesen der grausamen Entbedung aussetzen, das Hindernis, der Hemmschuh, das Unglück in dem Leben gerade jenes einen Menschen geworden zu sein, den glücklich zu machen, es sich zur Aufgabe gestellt hatte? — Was blieb solch einem Weibe noch übrig, als der Selbstmord? — Und konnte irgendein Mann, — war es überhaupt möglich, mit sechsundzwanzig Jahren die Verpflichtung einzugehen, niemals anderen Sinnes zu werden? Kein Weib begehrnswerter zu finden unter den zahllosen, denen man noch begehrn würde?

Sicher hätte ein anderer, geeicht Gefahren zu bestehen, seine Mandeln in der Kehle zu behalten, auf die Gefahr hin, daß sie sich entzündeten könnten, den Argumenten von Prinzenstein Senior

Carl Otto Windecker: Nerven . . . Nerven . . . Die Regisseure des Bahnhof

Auf einem Bahnhof. Der Zug hält. Oben, aus dem Fenster des Stellwerkes schaut der Beamte heraus. Mit einem bezeichnenden Blick nach oben meint einer der Mitreisenden: „Kein Wunder, wenn so viele Eisenbahnunglücke vorkommen, wenn die Stellwerke zum Fenster hinaussehen.“ — Oder: Bahnsteig eines Großbahnhofes. Der Zug steht in der Halle, abfahrtsbereit. Schon längst ist der Zeiger der Bahnhofsuhr über die Abfahrzeit hinaus, noch immer macht der Betronbeamte keine Anstalten, das Abfahrtszeichen zu geben. „Gölge Summels.“ Daß der Betrieb auch nie klappen kann.“ Entrüstung, Zorn in beiden Fällen — und in beiden Fällen ist die Anschauung durch keinerlei Sachkenntnis getrübt.

Ein Blick auf das Schienengewebe vor einem Großbahnhof mag die Frage immer wieder aufwerfen: wie ist es möglich, diesen ungeheuren Verkehr zu bewältigen, ohne daß täglich Züge und Lokomotiven karambolieren? Wie ist es denkbar, daß stets die vielen hundert Weichen und Signale immer so liegen, so stehen, wie es der Fahrplan vorschreibt? Das Geleischaos wird klarer, wenn man weiß, daß es in sogenannte Betriebsgruppen nach den einzelnen Richtungen eingeteilt ist. Diesen entsprechen auch die Bezeichnungen und mystischen Abkürzungen an den Stellwerkshäusern, die im Bereich des Bahnhofes liegen. Aber selbst ein ausführlicher, instruktiver Vortrag an Ort und Stelle reicht nicht aus, einem armen Laien einen Begriff von dem Mirakel „Fahrdienst“ zu geben. Benommen verläßt man das Stellwerkshaus — allerdings mit einer gehörigen Portion Achtung vor jenen Leuten da oben, die voll verantwortlich für ihren schweren Dienst, immer gewissermaßen mit einem Fuß im Gefängnis stehen.

Jedes einzelne Stellwerk verlangt seine eigene, spezielle Ausbildung. Die Beamten müssen die Geleise, Weichen, Signale kennen, die Verbindungen zu den anderen Betriebsgruppen, die einzelnen Züge, die Rangierlokomotiven, die planlos und unregelmäßig, nur durch Zuruf dirigiert, ihre Arbeit verrichten. Meist zwei, drei Beamte machen gemeinsam Dienst in einem Stellwerk. Sie müssen einander vertrauen, sich einer auf den anderen verlassen können. Es ist ein schwerer, verantwortungsvoller Dienst. Wenn auch die Durchbearbeitung der technischen Pajzision der modernen Stellwerke regulär einen großen Wüßig unmöglich macht — nur durch das Zusammenreffen einer Reihe von unglücklichen Umständen kann heute noch ein Unfall passieren — so verringert das nicht die Schwere dieses Berufs.

In vielen deutschen Großbahnhöfen sind die älteren, handbetrieblenen Hebelstellwerke schon einige Zeit durch elektrische Werte ersetzt. Ein interessanter Apparat, wie eine lange Bank anzusehen, mit unzähligen Drehknöpfen, Schaltern, Tafeln. Es ist unmöglich, die technischen Einzelheiten dieser Präzisionsmaschine hier auch nur annähernd zu beschreiben.

Der Betrieb? Nun — die vorgelagerte Blockstelle meldet den einfahrenden Zug. Telephonisch, vielsach auch gleichzeitig telegraphisch. Das Stellwerk gibt sein Einverständnis zurück und stellt die Fahrstraße ein. Das heißt: die Weichen werden eingestellt, fremde und „feindliche“ Weichen verriegelt, erst dann, erst wenn die Fahrstraßen vollkommen frei und gesichert sind, erlaubt die Apparatur des Stellwerks das Hochziehen des Signals. Von diesem Augenblick an ist jede Beeinträchtigung der Fahrstraße unmöglich, das Umlegen des Fahrstraßenhebels legt sie absolut fest. Erst das Schließen des Signals gestattet rein technisch wieder das Öffnen der einzelnen Weichen. Das klingt sehr einfach. Aber da sind nach Kreuzungen, umschaltete Weichen, da sind die Rangierlokomotiven — da mecket der Bahnsteig die Ausfahrt eines Fern-D-Zuges, der keine Minute Verspätung erlauben darf —, da rassel das Telephon, das Telegraph tickt, mit lechem Klappen fällt, durch das Ueberfahren eines Kontakts, eine kleine Scheibe im Stellwerkstasten und zeigt dies oder jenes an. Fast gefühlsmäßig, selbst zur Maschine geworden, greift der Beamte in die geheimnisvolle Klapplatur des Stellwerks — sein Gehirne reißt das Fenster auf, dirigiert die Rangierlokomotive, die ungeduldig vor dem Fenster hält und wartet, daß man ihr die Fahrt freigibt —, und wieder rassel das Telephon, der Telegraph tickt —, der FZD. hat fünf Minuten Verspätung — und dennoch darf der ganze Apparat, dieser komplizierte, auf halbe Minuten ausgerechnete Betrieb deswegen keine Störung erfahren, denn fünf Minuten Verspätung hier, gibt zehn Minuten Verspätung im Anschlußbahnhof — der Anschlußzug ist fort —, das Resultat? Siehe oben.

Man begreift dies alles nicht, selbst wenn man eine Viertelstunde lang dabei steht, die Züge vorüberbrausen sieht, vor sich die Laufende von bunten Lichtern der Signale und Weichen — stumm, schweigend, steht man vor dem Beamten, dessen Hände in ununterbrechender Tätigkeit sind, und der doch die Zeit findet, dem Besucher ruhig und mit einer bewunderungswürdigen Gelassenheit ein wenig aus seinem schweren Beruf zu erzählen.

Ein paar Zahlen noch: fast 18 000 Stellwerke versehen den Dienst auf den 54 318 Kilometern Gesamtlängende der Deutschen

sich besser gemacht zeigt, seine düsteren Befürchtungen lachend abgeschüttelt. Aber der arme Bodo war darauf trainiert worden, in allem Porphioze zu üben, vor jedem Risiko zurückzusehen, wie ein Spieler, den nur mehr ein allerletzte, einziger Einlag von dem Ruine trennt! Und so konnte ich ihn bald nach diesem seinem letzten Emanzipationsversuch auf dem feuchten, gräßlichen Gute besuchen, das ihm seine Frau in die Ehe gebracht, und sein Vater aus den Hypotheklasten ganzer Generationen freigewidmet hatte. Die Ernten waren auf Jahre hinaus gegen Hugel, alle Bau-sicherheiten gegen Feuer und Ueberflchwemmung versichert, in vierzig-jähriger Dienstzeit auf ihre Tugend, Ehrlichkeit und ihr Können erprobte Verwalter, Kassierer und Buchhalter der Firma S. Prinzenstein besorgten die Leitung, — kurz: das Ziel war endlich erreicht, es hätte dem jungen Herrn von Prinzenstein überhaupt nicht mehr passieren können, wäre er nicht eines Morgens tot im Bette gefunden worden, mit einer Kugel, die er sich selbst in den Kopf gejagt hatte.

Seine Familie ließ ihm für alle Fälle den Herzlich machen, und da zu jener Zeit die Krematorien noch dünn gesät waren, seine Leiche nach Götta bringen und dort einäschern.

Aus Angst, er könnte Scheintot begraben werden!

Reichsbahn. 915 von ihnen sind bereits mit modernem elektrischem Antrieb versehen, 72 arbeiten mittels Druckluft, die übrigen haben noch den bekannten mechanischen Antrieb der Hebelwerke. Neben vielen tausend Weichen, werden 53 840 Signale, 25 889 Vorsignale und 12 769 andere Signale von ihnen bedient. Insgesamt 23 500 Kilometer von der Gesamtlängende der Reichsbahn sind bereits mit moderner, elektrischer Streckenblockung ausgestattet. Allmählich wird die Modernisierung des gesamten Betriebes vorgenommen.

Vielleicht ist es gut, manchmal an diese Dinge zu denken, wenn man in einem Zug sitzt, der fünf, sieben oder sogar acht Minuten Verspätung hat. Und daran, daß jene anonymen Regisseure des ganzen Betriebes doch auch Menschen sind, die in den langen Stunden ihres aufreibenden Dienstes ihre Kervenkraft zusammenhalten müssen, die in dieser Zeit keine Wigräne haben dürfen, nicht daran denken dürfen, wenn vielleicht zu Hause ihre Frau, ihr Kind, ihre Mutter erkrankt ist.

Baumarzt mit dem Röntgenapparat Neue Wege der Forstwirtschaft

Zur Entdeckung von verborgenen Baumwunden, denen man mit anderen Methoden nicht auf die Fährte kommt, sind jetzt die Röntgenstrahlen herangezogen worden. Zwei amerikanische Forscher, Mallay und Wilky, die sich zu diesem Zweck eines besonders konstruierten, tragbaren Apparates bedienten, konnten bei ihren Versuchen feststellen, daß die Durchleuchtung von Baumstämmen möglich ist und wertvolle Resultate ergibt, ohne daß die Bäume, wie es bei den früheren Untersuchungsmethoden durch Anbohren der Stämme nur zu oft geschah, irgendwelche Beschädigungen erleiden.

„Vor drei Jahren“, berichtet die beiden Gelehrten in einer amerikanischen Forstzeitschrift, „machte in Rochester ein Motorradfahrer, der einen herausziehenden Sturm ausweichen wollte, vor einem Baum halt und schalte sein Fahrzeug an den Stamm. Wenige Minuten später wurde er von einem dicken Ast erschlagen, den der Sturm herabgerissen und auf das Motorrad geschleudert hatte. Infolge dieses Unfalls mußte die Stadt den Erden des Gesteltes eine beträchtliche Summe als Schadenersatz zahlen, obwohl man sich der Gesundheit des Stammes in der üblichen Weise versichert hatte. Knapp drei Monate vor dem Unfall war nämlich der Baum mit einer Anzahl anderer von vier Sachverständigen sorgfältig untersucht worden. Von der Gruppe von etwa dreißig Bäumen waren dreizehn als krank zur Abholzung bestimmt worden, während gerade dieser Baum als so kerngesund befunden wurde, daß man von dem üblichen Anbohren des Stammes absehen zu dürfen glaubte. Solche Bohrungen sind ja auch immer nur ein Nothelfer da sie nur eine Feststellung über die Gesundheit des Holzes an der angebohrten Stelle, aber keinen sicheren Rückschluß auf die Gesundheit des Gesamorganismus des Baumes gestatten. Es ergab sich für uns die Notwendigkeit, nach einem zuverlässigen Verfahren zur Untersuchung der innerlichen Baumwunden Ausschau zu halten, und als ein solches Verfahren schien uns die Verwendung der Röntgenstrahlen besonders angezeigt. Holz ist für die Strahlen verhältnismäßig durchlässig, und man hat durch Experimente das Vorhandensein von innerlichen Schäden, wie Knoten, Fählungen, Wurmgängen und metallischen Empregnungen feststellen können.

In England hatten sich während des Weltkrieges die Röntgenstrahlen bei der Untersuchung der Holzstelle von Flugzeugen auf Fehler im Material und in der Verarbeitung bereits als nützlich erwiesen, aber soweit uns bekannt geworden ist, hat bisher noch niemand versucht, diese Untersuchungsmethode auch auf lebende Bäume auszuwehnen. Nun hat für unsere Zwecke den Röntgenapparat mit der elektrischen Kraftquelle an Ort und Stelle gebracht. Die ganze Ausrüstung kann bequem auf einem kleinen Handkarren transportiert werden. Wir haben uns bei unseren Experimenten, die im Röntgenbild viel präzisere Einzelheiten offenbaren, als sie dem bloßen Auge wahrnehmbar sind, aber nicht auf die Aufnahme des ganzen Baumes beschränkt, sondern auch dem Stamm Proben entnommen die dann im Laboratorium geröntgen wurden. Diese dieser Röntgenbilder zeigten lebendige Bohrwürmer bei der Arbeit, und die Festlegung ihres Standortes erlaubte uns, die Schädlinge zu vernichten. Solche Laboratoriumsversuche scheinen ganz dazu angetan, uns über die Krankheiten und das Eingehen der Bäume wertvolle Aufschlüsse zu geben. Was die Arbeit im Freien betrifft, so kann bei angemessener Ausrüstung ein Mann mit seinem leichten Karren von Baum zu Baum fahren und in wenigen Minuten eine Röntgenaufnahme des Stammes machen.“

Die Zahl der Erdbewohner. Die neueste Statistik des internationalen statistischen Instituts schätzt die Bewohner des Erdballes auf über zwei Milliarden. Im Jahre 1910 betrug sie 1600 Millionen. Auf Europa entfallen von den zwei Milliarden Erdbewohnern nach der genannten Statistik 550 Millionen.

Der Sperling kann nur zwei Tage ohne Nahrung leben, während die Kröte zwei bis drei Jahre ohne Nahrungsaufnahme leben kann.

Eine Biene besucht an einem Tage etwa 60 Blumen und sammelt in 14 Tagen ein Gramm Honig; demnach sammeln 24 000 Bienen in einem Monat einen Zentner Honig.

Die zwölf Prozent der Danat.

Jakob Goldschmidt fordert Optimismus.

Die Darmstädter- und Nationalbank hat bei äußerlich wachsendem Geschäft, aber rückgängigen Gewinnen im vergangenen Jahre ihre „Splendid Isolation“, die ihr ganz gut bekommt, aufrechterhalten: Sie hat sich noch nicht mit einer anderen Großbank fusioniert. Ihr Umsatz ist von 220 Milliarden auf 245 Milliarden gestiegen, ihre Kreditoren haben sich — wahrheitsgemäß gegen Schluss des Geschäftsjahres durch öffentliche Kreditgeschäfte am stärksten — von 2083 Millionen auf 2384 Millionen Mark vermehrt, und Herr Jakob Goldschmidt, der mit Stolz auf sein seit 1924 unverändert gebliebenes Aktienkapital von nur 60 Millionen bei 100 Proz. offenen Reserven verweist, hat von diesem niedrigen Aktienkapital im vergangenen Jahre infolge Profittes, als er sich um die Aufrechterhaltung seiner hohen 12prozentigen Dividende im Gegensatz zu anderen Großbankkollegen wahrscheinlich weniger Sorgen zu machen brauchte. Um so weniger Sorgen, als er die Danat-Verluste an dem Favao-Krach auf einen Bruchteil von 3 Millionen bezifferte und über die Gesamtverluste des vergangenen Jahres leicht hinwegzudeuten zu können glaubte.

Die Danatbilanz hat auch diesmal wieder einige überraschende Punkte.

Im Börsen- und Lombardgeschäft, das bei der Dresdner Bank bekanntlich halbiert wurde, zeigt die Danat eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 139 Millionen auf 161 Millionen Mark. Bei dem neuerdings beliebtesten Geschäft der Großbanken, den mit dem Außenhandel eng verbundenen Vorkäufen auf Lagernde und schwebende Waren, hat die Danat den bisher bei den Großbanken größten Zuwachs von 266 Millionen auf 378 Millionen Mark zu verzeichnen.

Der Bestand an Wechseln und unverzinsten Scheckanweisungen ist von 557 Millionen auf 605 Millionen, die in laufender Rechnung gewährten Kredite sind von 889 Millionen auf 1017 Millionen Mark gestiegen. Man weiß nicht, ob dabei auch stille Reserven aufgelöst worden sind — in der Hauptsache wird man aber die Steigerung des Bestandes an eigenen Wertpapieren von 25 Millionen auf 38 Millionen und des Portefeuilles an Konjunkturbeteiligungen von 25 Millionen auf 37 Millionen auf das schlechte Börsengeschäft des vergangenen Jahres zurückführen müssen, das den Banken ja nicht nur beträchtliche Einnahmeausfälle, sondern auch erhebliche Stützungsorgen gebracht hat.

Einen Einblick in die Bankforgen des letzten Jahres — bei der Danat wie gesagt wegen des niedrigen Aktienkapitals weniger fühlbar — gibt die Gewinn- und Verlustrechnung, bei der trotz der Umsatz- und Kreditorensteigerung sich

bei Provisions- und Zinseinnahmen ein Rückgang

von 75,34 Millionen auf 72,74 Millionen Mark ergibt, bei der in diesem Jahre überhaupt keine Effekten- und Konjunkturalgewinne ausgemessen werden und die einen Reingewinn von nur 11,80 Millionen Mark ausweist, der mit haarkünstlerischer Genauigkeit gegenüber dem Vorjahr exakt um jene 5 Millionen verringert ist, die den Ausfall im Börsen- und Effektagengeschäft ausmachen. Die Verwaltungskosten sind bei nur 7500 Mann genau gleichgebliebenem Personal von 56,15 auf 56,71 Mark gestiegen, die Steuern sind — behauptet wird infolge größerer Vorauszahlungen im Vorjahr — von 10,04 Millionen auf 7,27 Millionen Mark gesunken. Es bleibt aber für die Danataktionäre bei der Dividende von 12 Proz., der Vortrag wird sogar von 3,03 Millionen auf 3,12 Millionen Mark erhöht.

Wir respektieren sehr, daß Herr Jakob Goldschmidt den Text seiner Geschäftsberichte selbst schreibt; wir hoffen, daß ihm deshalb auch Kritik willkommen ist. Auch diesmal ist der Bericht dieses geschäftsfreudigen Romanikers unter den Großbankführern wieder eine geistvolle und elegante Plauderei, bei der es freilich scheinbar mehr auf den Eindruck bei Literaturrempfänglichen als auf Graftheit und Zuverlässigkeit ankommt. Für 1929 stellt

Herr Goldschmidt eine weit um sich greifende Vertrauenskrise

im Lande fest, für die er — mehr forscht als originell — die verfehlte Wirtschaft- und Finanzpolitik von Reich und Kommunen verantwortlich macht. Ein wenn auch nur leichter Hinweis auf die verwüstenden Folgen der Favao-Katastrophe im In- und Ausland und der Hundert privaten Bankzusammenbrüche hätte der historischen Graftheit der Berichterstattung hier gute Dienste geleistet. Aber wir sind, wenn wir auch über die Ursachen der jetzigen Ver-

trauenskrise mit Herrn Goldschmidt verschiedener Meinung sind, doch mit ihm darin einverstanden, daß er die Intensität der jetzigen Krise begrüßt als wertvolle Grundlage zu einer neuen Aufwärtsentwicklung, von der er insbesondere durch die enorme internationale Geldverfügung und Kapitalmarkterleichterung tief überzeugt ist.

Hinsichtlich des Young-Planes und seiner Bedeutung hält es Jakob Goldschmidt nach einer — vorsichtig — bis zur Hälfte gebliebenen Verbeugung vor Hugenberg mit Hindenburgs Proklamation, die den angenommenen Young-Plan als „Grundlage unserer bestehenden Verhältnisse“ hinzunehmen gebietet, und gegen Schacht wird nur ein ganz leichter und vorsichtiger Fiorethieb gewagt. Es wird empfohlen, „unser Pflicht bis zu den letzten Möglichkeiten“ zu erfüllen, und dem Volke als Ganzes rat Herr Goldschmidt zur Tugend und „Politik des Wortes“ in der Reparationsfrage, ein Rat, der von dem draußgängerischen Danatführer freilich nicht ohne weiteres erwartet werden mußte.

Nachdem man durch die Aufdeckung des trübsahnen Zustandes in Deutschland die Erkenntnis geklärt ist, so meint Herr Goldschmidt, muß eine gesunde Finanzwirtschaft zum Aufbau der zukünftigen Entwicklung geschaffen werden, wobei — wieder nicht sehr originell, aber doch — als erstes die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gefordert wird. Da Herr Goldschmidt in einer Volkswirtschaft das Kapital individueller Schaffenskraft am höchsten stellt, kommt es ihm nicht darauf an, auch vor einem Abbau der Arbeitslosenversicherung eventuell nicht zurückzuschrecken, der ja doch nur, das ergänzen wir, das Schicksal der Individualitätenarmen breiten Masse trifft! Daß Herr Goldschmidt

den bösen Traum der Stahlwerke-Beter-Belegschaft.

durch Lohn- und Gehaltsstürzungen Entlassungen verhindern zu können, zitiert, nimmt in einem Gedankenkreis nicht wunder, der Kapitalbildung durch Massenbelastung für richtig hält und in dem als Bete ein Zitat aus den „Sozialistischen Monatsheften“ aufmarschiert, nach dem ein armes Volk seinen Verbrauch überhaupt nicht steigern dürfe. Freilich hat Herr Goldschmidt zu sagen vergessen, was die deutsche Industrie mit ihrer heutigen Ueberkapazität anfangen soll, wenn nicht der Absatzabsturz trätiger gestelgt wird, als das bisher möglich war. Man möchte Herrn Goldschmidt solche Kurzsichtigkeiten um so weniger zutrauen, als er für die Möglichkeit neuer Exportsteigerungen sehr wohl zu betonen weiß, daß die großen Produktionsstätten in unserer Industrie eines sicheren Rückgriffes auf einen eigenen großen Absatzmarkt im Inlande bedürfen!

Natürlich hat Herr Goldschmidt auch ein mitfühlendes Herz und entsprechende Worte für die mittleren und kleineren Betriebe übrig, die nach seiner Meinung durch die zu großen direkten Steuerlasten erdrückt werden. Wir glauben freilich aus dem Herzen gerade der arbeitssüchtigen mittleren und kleineren Industrie zu sprechen, wenn wir sagen, dieser Industrie wäre leicht zu helfen, wenn Herr Goldschmidt und seine Kollegen ihr Kreditbedingungen gewähren würden, wie sie Großunternehmen erhalten, wenn die Banken ihr die solange versprochenen langfristigen Anleihen wirklich besorgen würden und wenn die deutschen Großbankführer sich gegenüber den Kartellindustrien dafür stark machen würden, daß die Belieferung mit deutschen Rohstoffen nicht zu unangemessen hohen Kartellpreisen erfolgen würde, während die eigenen Produkte dieser Industrie zu ständig sinkenden Preisen verkauft werden müssen. Auch in diesen Dingen referiert Herr Goldschmidt „nicht ganz exakt“.

Aber Herr Goldschmidt hat recht. Er hat dreimal recht mit der Aufforderung, daß mit dem jetzigen „Achtenden Pessimismus“ und der jetzigen „hoffnungslosen Resignation“ Schluss gemacht werden muß und auch Schluss gemacht werden kann. Schön wäre aber ein ehrliches Wort aus Goldschmidts Mund oder Feder gewesen, das den trübsahnen Charakter dieses Pessimismus betont hätte. Recht hat Herr Goldschmidt auch mit der Beurteilung der gerade 1929 so stark gewachsenen Kapitalflucht. Aber wenn der Staat auch für eine steuerliche Erleichterung der Kapitalbildung und der Kapitalzufuhr sorgen würde, so bliebe doch der Mangel staatsstrenger Gewissenhaftigkeit auf jenen Kapitalisten sitzen, die sich der Last eines verlorenen Krieges durch die massenbelastende Ausfuhr ihrer von deutschem Schweiß erarbeiteten Kapitalien entziehen.

Reichsplan für Kraftwirtschaft.

Er ist da. — Wer führt ihn aus?

In dem einen Jahre 1929 stieg die deutsche Elektrizitätserzeugung von 28 auf 32 bis 33 Milliarden Kilowattstunden. Man kann damit rechnen, daß im Durchschnitt Jahr für Jahr der Bedarf an Elektrizität um diese 12 Prozent zunimmt; in Deutschland ebenso wie in fast allen anderen Ländern. Nun hat die hinter diesem Wachstum stehende ununterbrochen fortgehende Umstellung der Wirtschaft auf Elektrizität für die Gesamtwirtschaft dadurch eine einschneidende Bedeutung, daß alle Betriebe, Haushaltungen, Bahnen usw. in immer größerem Umfange von der regelmäßigigen und steigenden Licht- und Kraftbelieferung abhängig sind und daß die Frage des planmäßigen und rationellen Ausbaus der Kraftwirtschaft auch aus finanziellen Gründen immer bedeutungsvoller wird.

Vor einigen Jahren hat deshalb das Reichswirtschaftsministerium einen Reichsplan für die künftige deutsche Elektrizitätsversorgung in Auftrag gegeben, der von dem bekannten Hochmann Dr. D. von Miller ausgeführt wurde und nunmehr der Öffentlichkeit vorliegt. Dieser Plan betrifft lediglich denjenigen Teil der Stromerzeugung, der durch die eigentlichen Elektrizitätsgesellschaften erfolgt, nicht aber die eigene Krafterzeugung der Industrie. Von 32 bis 33 Milliarden Kilowattstunden des Jahres 1929 entfällt etwa die Hälfte auf die die Allgemeinheit versorgenden Elektrizitätsgesellschaften, also etwa 16 bis 17 Milliarden Kilowattstunden. D. von Miller rechnet in seinem Gutachten damit, daß in einigen Jahren allein von diesen Gesellschaften 34 Milliarden Kilowattstunden erzeugt werden müssen, um den dann

vorhandenen Bedarf zu befriedigen. Die gegenwärtigen Anlagen müßten durch Neubauten und Erweiterungen um 5,5 Millionen Kilowatt vergrößert werden. Die Kosten hierfür sowie für die erforderlichen Transformatorstationen und Leistungsnetze gibt das Gutachten mit etwa 3,7 Milliarden Mark an. Der Plan sieht die Schaffung eines fast 2500 Kilometer großen Netzes von 220 000-Volt-Leitungen vor, das alle großen Elektrizitätswerke Deutschlands (Dampf und Wasser) miteinander verbindet.

Der Plan fußt in der Hauptsache auf den Betriebszählungsergebnissen des Jahres 1925; inzwischen sind schon einige von den in dem Gutachten angeregten Plänen hier oder dort durchgeführt worden. Trotzdem ist der Gesamtplan nach keineswegs überholt und gibt, wenn er auch keinen konkreten Bauplan darstellt, doch einen höchst wichtigen Ueberblick darüber, was im Interesse der gesamten Wirtschaft in kurzer Zeit hinsichtlich des allgemeinen Ausbaus zu geschehen hat.

Was aber wird aus dem Plan werden? Wie soll er verwirklicht werden?

D. von Miller ist der Meinung, daß viele seiner Vorschläge, soweit sie über die privaten Interessen der einzelnen Elektrizitätsgesellschaften hinausreichen, vom Reich oder von den Ländern finanziell unterstützt werden sollten; auch empfiehlt er, an den Ausbau besonders günstiger Energiequellen oder den Bau besonders wichtiger Fernleitungen Bedingungen zu knüpfen, „welche eine allgemeine Versorgung des gesamten Reichsgebietes zu angemessenen Preisen sicherstellen“. Im übrigen glaubt er, daß die Verwirklichung durch weitere organisatorische Vereinzelungen bestehender Großprojekte erreicht werden kann.

Erinnert man sich aber der vielen Wochentämpfe, die gerade in

den letzten Jahren zwischen den größeren Elektrizitätsgesellschaften ausgekämpft worden sind, insbesondere an die hiesige Latenzlosigkeit der vor zwei Jahren gegründeten „A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft“, einer alle großen Elektrizitätsgesellschaften Deutschlands umfassenden Dachgesellschaft, so ist es recht zweifelhaft, ob wirklich ohne äußeren Zwang eine planmäßige Ausbauarbeit im Reichsmaßstab möglich ist.

Da es sich aber um eine sehr dringliche Lebensfrage der deutschen Volkswirtschaft handelt, ist von allen verantwortlichen Stellen, vom Reichswirtschaftsministerium und von den Partnern der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft zu fordern, daß sie so schnell als möglich ihre Stellungnahme zu dem Plan bekanntgeben und mitteilen, was nun geschehen soll.

Waldenburger Zechentrust.

Auch in Schlesien steigende Leistungen der Belegschaften.

Die Niederschlesische Bergbau A. G., die vor zwei Jahren durch Zusammenfluß der gesamten niederschlesischen Zechen mit Ausnahme der Pleßschen Gruben gegründet wurde, veröffentlicht jetzt ihren Abschluß für das zweite Geschäftsjahr 1928/29.

Die starke Kohlenkonjunktur des vergangenen Jahres strahlte auch noch dem so ungünstig gelegenen Waldenburger Revier aus. Die Förderziffern erhöhten sich bei den Gruben des Waldenburger Zechentrusts von 3,55 auf 3,63 und die Kohproduktion von 0,71 auf fast 0,77 Millionen Tonnen. Auch die Nebenprodukte, wie Teer, Ammoniak und Benzol, weisen durchweg erhöhte Produktionsziffern auf. Dieser im Durchschnitt beträchtlichen Produktionssteigerung steht eine von 16 017 auf 15 444 Mann verringerte Belegschaft und eine gleichfalls etwas zurückgegangene Beamtenschaft von rund 1000 Köpfen gegenüber. Die Rationalisierung hat also auch in dem niederschlesischen Revier zu einer wesentlichen Steigerung der Leistungen je Mann und Schicht geführt. Das verhängnisvolle Unglück, das im vergangenen Jahr das Waldenburger Revier heimsuchte und 33 Todesopfer forderte, ist jedenfalls in seinen Ursachen und seinen Auswirkungen ein trauriger Beweis dafür, daß die Sicherheitsmaßnahmen mit dem Tempo der Rationalisierung keineswegs Schritt gehalten haben.

Zu der weiteren Umstellung und Modernisierung der Betriebe, die etwa 1931 ihr Ende erreicht haben werden, hat die Gesellschaft von den 11 Millionen Mark Reichs- und Staatskrediten im vergangenen Jahr 7 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die zur Zeit in Bau befindlichen Anlagen geben mit einem Bilanzwert von 8,2 Millionen Mark ein Bild von dem großen Umfang der Rationalisierungsarbeit.

Eine Dividende kommt auch für das Geschäftsjahr 1928/29 nicht zur Verteilung; der Reingewinn, der mit rund 332 000 Mark etwas niedriger als im Vorjahr erscheint, wird für Rückstellungen verwendet und mit seinem Rest auf neue Gewinnrechnung vorgetragen.

Petsched-Bilanz Nr. 2.

Die gleichen Verfahrensmethoden werden angewandt.

Nach der Grube „Eintracht“ kommen jetzt als wertvollste Domäne des Braunkohlennormaten Petsched die Niederlausitzer Kohlenwerke mit ihrem Abschluß für 1929 heraus.

Wie bei der „Eintracht“-Bilanz wurden auch hier alle nur erdenklichen Mittel angewandt, um die Sondergewinne aus der Hochkonjunktur möglichst zu vertuschen. Auch bei der Niederlausitzer Kohlenwerke A. G. bleibt es bei einer 10prozentigen Dividende, und der ausgewiesene Reingewinn entspricht mit 2,56 Millionen fast haargenau den Vorjahrgewinnen. Dabei sind die Kohlenförderung von 7,4 auf 7,92 Millionen Tonnen und die Brikettfabrikation von 2,63 auf 2,74 Millionen Tonnen gestiegen.

In dem Rohgewinn von 11,7 gegen 10,5 Millionen Mark kommt die Konjunkturernte zwar zum Ausdruck, doch wird angeblich der ganze Mehrgewinn durch höhere Unkosten und durch die herausgesehenen Abschreibungen aufgezehrt. Die merkliche Steigerung der Unkosten und Steuern um eine Million (!) auf 3,5 Millionen Mark und die genau wie bei der Eintracht-Grube sprunghaft um 4 Millionen hochgeschwollenen Schulden deuten darauf hin, daß in diesen beiden Posten ganz beträchtliche Summen als Gewinnrückstellungen veranschlagt sind.

Die Petsched-Betriebe entwickeln einer wie der andere eine Bilanzierungspraxis, in der das Verdeckelnde für üppiger Blüte geblieben ist. Hoffentlich geben die Steuerrevisoren der Finanzämter bei diesem Spiel nicht die „Blindfahne“ ab.

Fortschritt landwirtschaftlicher Publizität

Die Preußische Zentralgenossenschaftsstelle

Die Preußische Zentralgenossenschaftsstelle hat sich entschlossen, allmonatlich eine Bilanz zu veröffentlichen. Wir begrüßen diesen Schritt, weil er zur Klärung der Kreditentwicklung in der Landwirtschaft sehr beitragen wird. In der erstmalig veröffentlichten Bilanz für Ende Februar sind die Kassen Guthaben und Einlagen gegenüber Ende Dezember von 119,1 auf 141,7 Millionen gestiegen und die insgesamt Ende Dezember mit 274,9 Millionen ausgewiesenen Verpflichtungen bei Banken und Bankiers sowie bei der Reichsbank sind auf 117,8 Millionen bei Banken und Bankiers und auf 99,0 Millionen bei der Reichsbank zurückgegangen. Bei den Aktiven ist die Summe der Forderungen und Wechsel von 661,1 auf 664,8 Millionen gestiegen.

Hypothekendarlehen zur Rentenkauf. Auf der Generalversammlung der Preußischen Central-Bodentredit A. G. Berlin, die den Fusionsvertrag mit der Preußischen Pfandbriefbank genehmigte, nahm die Verwaltung auch zu der starken Kurssteigerung der festverzinslichen Rentenwerte Stellung. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres seien rund 30 Millionen Mark Pfandbriefe und Kommunalschreibungen verkauft worden. Die gewaltige Rentenkauf in der ganzen Welt habe im März zu einer stürmischen Nachfrage nach Pfandbriefen geführt, die aber nicht spekulative Ursachen habe, sondern durch einen ganz außerordentlich starken Anlagensbedarf hervorgerufen sei.

Neue Rentenpapiere. Die Landesbank der Rheinprovinz bietet in dieser Nummer weitere 5 Millionen Mark reichsmündelsichere Goldkommunalschreibungen zum Kurs von 96 Prozent zur Zeichnung an.

Alkoholdebatte im Reichstag.

Unwürdige Rede eines Wirtschaftsparteilers.

In der Freitags-Sitzung des Reichstags gab vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Diez (Z.) eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Darstellung wendet, die die „Deutsche Tageszeitung“ von der Haltung des Zentrums bei der Ausschussberatung des Gaststättengesetzes gegeben hat.

Als der Präsident dann die auf der Tagesordnung stehende zweite Beratung des Notetats aufruft, ruhen die Kommunisten: „Wo bleibt der Nachruf für die Regierung?“

Abg. Torgler (Komm.): Der sogenannte Notetat ermächtigt die Regierung zu Ausgaben. Wir haben aber jetzt keine Regierung. Einer nur geschäftsführenden Regierung kann man doch eine solche Ermächtigung nicht geben. Nachdem die Sozialdemokratie den verdienten Fußtritt bekommen hat, blickt sie sich heute im „Vorwärts“ wieder in sender und mörderischer Weise bei den bürgerlichen Parteien an. Der sozialdemokratische Abg. Kell veröffentlicht ein Finanzprogramm, das er einen Tag nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der Regierung als eine Einigungsgrundlage mit den bürgerlichen Parteien bezeichnet.

Weitere Vorredungen liegen nicht vor.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Notetat in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die zweite Beratung des Gaststättengesetzes wird dann fortgesetzt.

Abg. Köster (Wirtschaftsp.): Gegen den Versuch, den Bedürfnisnachweis für die Schankkonzessionen einzuführen, hat sich schon der frühere Reichspräsident Ebert, der damals Gastwirt und Mitglied der Bremer Bürgerwehr war, gewendet. Ebert, der bis zu seinem Tode Mitglied des Deutschen Gastwirtenverbandes war, hat damals in der Bürgerwehr eine sehr kluge Rede gegen die Einführung des Bedürfnisnachweises gehalten. Wie soll denn jeder Gastwirt alkoholische Getränke führen? Sicher nicht durch Selbsterwerb und Brauereimonopolisten ist Herr Söllmann ein so tüchtiger Mann geworden, und seine Freunde Weis, Scheidemann und Simon beweisen doch, daß Nichtsozialisten auch patente Kerle sein können. (Große Heiterkeit.) Auf meine Forderung will ich gar nicht zurückgreifen. (Stürmische Heiterkeit.) Manche Wissenschaftler beweisen, daß Alkohol dem Menschen nützlich ist — Prohibitoren geht über Stübchen! (Anhaltendes Gelächter links. — Präsident Loh erhebt sich und wagt es auch im Boden.) Die Kaffee-, Tee- und Schokoladetrinker sollten bedenken, daß Bier aus deutscher Gerste gemacht und von deutschen Arbeitern hergestellt wird. (Abg. Dr. Breitscheid: Wollen Sie nicht Ernährungsminister werden?) Sie, Herr Breitscheid, würde ich für dieses Amt nicht vorschlagen, Ihr Aushereis gäbe nicht die beste Reklame (Heiterkeit). Sie haben nicht genug Hamburger Fassung. (Gelächter.) Heute kann einer Abgeordneter, hoher Beamter, sogar Schatzmann werden, ohne besonderen Befähigungsnachweis, aber Gastwirt nicht! Bei der Erstellung und Entziehung von Konzessionen müßten auch die berufständischen Organisationen mitwirken. Der Wirt ist bei seinen Gaiten eine hochangesehene Persönlichkeit, kann großen Einfluß ausüben und tut es auch. Aber bei den Behörden ist er nicht genug geschätzt. Gute Führung eines Gasthauses kann nur die einwandfreie Persönlichkeit des Wirtes verbürgen. (Abg. Torgler: Und die gute Qualität der Ware!) Ich weiß, Herr Torgler, daß Sie ein besonderer Kenner sind (Stürmische Heiterkeit.), ich bedaure nur, daß es Ihnen nicht besser anfängt.

Der Redner wendet sich dann gegen die Arbeiterkühnbestimmungen,

der Wirt habe gar nicht die Zeit, alle diese Gesetze zu studieren. Die ausgeprochenen Trintertypen früherer Zeit gibt es gar nicht mehr, dazu haben gewiß die Gemertlichkeiten beigetragen, aber auch die Gastwirte selbst. Unter schallender Heiterkeit ergeht sich der Redner dann in Untersuchungen über die Möglichkeit, zu erkennen, ob jemand schon betrunken ist; er appelliert dabei an die Erfahrungen der Zuhörer. Bis z. B. der Schatzmann, der sich doch bei seinem schweren Nachdienst auch mehrfach „ertrinkt“, mit einem Glas darüber ins Reine kommt — hat sich der Zustand verändert! (Stürmische Heiterkeit.) Am schlimmsten ist das bei den Akademikern. (Gelächter.) Gewiß, wenn man in später Stunde Leute sieht, die stumpfsinnig immer noch ein Bier trinken, da möchte man ein Instrument haben, um sie ins Bett zu jagen. Ich habe

Gemäß § 27 Absatz 2 des Bezirksstatuts beruft der Bezirksausschuss des Bezirksverbandes Brandenburg-Grenzmark den diesjährigen

ordentlichen Bezirksparteitag

zu Sonntag, den 27. April, vormittags 9.30 Uhr, nach Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 5 (Landtag).

Tagesordnung:

1. Die politische Lage (Referent: Genosse Otto Weis, M. d. R.).
2. Geschäftsbericht (Verichterstatter: Wilhelm Krüger).
3. Wahl von zwei Genossen zum Bezirksvorstand.
4. Anträge, soweit sie durch vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Die Wahl der Delegierten erfolgt entsprechend den Bestimmungen des § 31 Absatz 2 auf den Konferenzen der Unterbezirke. Es sind zu wählen:

in Unterbezirken bis zu 1000 Mitgliedern 3 Delegierte, von über 1000 bis 2000 Mitgliedern 4 Delegierte, für jedes weitere angefangene Tausend ist ein weiterer Delegierter zu wählen, wenn die Zahl der Mitglieder im angefangenen Tausend 250 überschreitet.

Mehr als 8 Delegierte dürfen von einem Unterbezirk nicht entsandt werden. Bei der Wahl der Delegierten sind die weiblichen Parteimitglieder im Verhältnis ihrer Zahl zu berücksichtigen.

Wir fordern die Ortsvereine auf, zu vorstehender Tagesordnung des Bezirksparteitages Stellung zu nehmen. Anträge für den Bezirksparteitag sind bis spätestens eine Woche vor seinem stattfinden bei dem Bezirksvorstand einzutreichen.

Delegierte, die vom 26. zum 27. April Nachquartier wünschen, werden gebeten, rechtzeitig ihre Meldungen dem Bezirkssekretariat zugehen zu lassen.

Der Bezirksvorstand.

J. L.: Wilhelm Krüger.

volles Verständnis für den Standpunkt der Frau (große Heiterkeit), das schönste ist ihr mütterliches Gefühl, nur wird es oft an solchen Objekten angewendet. Der Staat ist keine Gouvernante, deshalb darf mit der Polkefunde! Richt die Wirt, sondern die Gäste verlangen längeres Offenhalten. (Widerpruch von den Demokraten.) Sie müssen es, Herr Krüger! (Große Heiterkeit.) Es sind nicht wenige in diesem Haus, mit denen ich darüber gemeinsame Erfahrungen habe (leb. Heiterkeit).

wie hochgestellte Männer hinter verhängten Fenstern sitzen und, wenn der Schuhmann klopft, das Heil in der Flucht suchen.

Frühe Sperrstunden für Tanzunterhaltungen ist ganz verfehlt, der Tanz ist doch die anständigste Form, die beiden Geschlechtern einander näherzubringen. (Schallende Heiterkeit.) Bedenken Sie doch, wenn man die jungen Leute in die finstere Nacht hinausjagt! Es ist ja in den einzelnen deutschen Ländern verschieden. Am Rhein, wo der Kollege Söllmann wohnt, da ist man schon in einer halben Stunde trübsalig, bei uns an der Wasserkante dauert das zwei Stunden. (Große Heiterkeit.) Machen Sie es doch so, wie wir, als wir jung waren, da tanzten wir bis 5 und 6 Uhr. Dann aber ging jeder nach Hause. Um diese Zeit sehen die jungen Mädchen auch nicht mehr so verführerisch aus. (Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Abg. Sparrer (Dem.): Die Relativität von Gaststätten zur Einwohnerzahl läßt sich ohne große Ungerechtigkeiten nicht durchführen. Bedenklich sind auch die Bestimmungen über die Polkefunde und über das vollständige Schnapsverbot an Lokalen. Die demokratische Fraktion wünscht ein solches Verbot nur für Stunden, nicht für den ganzen Tag.

Abg. Biles (D. Sp.): Von einem Anwachsen der Kriminalität infolge alkoholischer Exzesse kann nicht gesprochen werden. Die Todesfälle infolge von übermäßigem Alkoholkonsum sind zurückgegangen. In Nordamerika ist die Zahl trotz der Trockenlegung mehr als dreimal so hoch. Zu begrüßen ist das Schnapsverbot für Turn-, Spiel- und Sportplätze. Mit der Relativität und dem Relativverbot kann die Trunkucht nicht bekämpft werden. Wir bitten um eine Regierungserklärung, wonach die für die süddeutschen Reichsteile vorgesehene Frist erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ablaufen soll.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Der Zusammenhang zwischen Alkoholisierung und Verbrechen ist viel stärker, als die Statistik feststellen kann. Zum Glück wird Trunkenheit nicht mehr als mildernder Umstand angesehen. Mit vollem Recht sind die Bestimmungen über Trunkenheitsverbrechen im neuen Strafgesetzbuch hart verhängt. Der Wirt täte mir leid, der nicht zu erkennen vermöchte, ob ein Gast betrunken ist, in welchem Fall er ihm nach dem Gesetz nicht mehr Alkohol geben darf. Wir sind mit der Absicht des Gesetzes einverstanden, beantragen aber

Streichung der Bestimmung, wonach die Konzession bei Nichtbefolgung der Arbeiterkühnvorschriften entzogen wird.

Diese Bestimmung widerspricht der Reichsverfassung insofern, als sie eine schwere Beeinträchtigung des gewerblichen Mittelstandes bedeutet. Mit dem Zweck des Gesetzes, den Schutz vor Alkoholisierung, hat diese Bestimmung nichts zu tun. Die Arbeiterkühnbestimmungen lassen sich nach der Natur des Gastwirtsberufes nicht schematisch durchführen.

Die Beratung wird abgebrochen.

Abg. Haaf (Dnat.) bekämpft in einer Erklärung die Darstellung des Abg. Diez (Z.) vom Beginn der heutigen Sitzung.

Präsident Loh: Für Sonnabend und Montag haben wir Sitzungen nicht vorgesehen. Sollte der neue zu ernennende Reichsleiter dann bitten, so würden wir am Montag zusammentreten. — Das Haus ermächtigt den Präsidenten, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. — Schluß 17 1/2 Uhr.



Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bericht der persönlich haftenden Gesellschafter

Gleichsam dem Zuge der Zeit nach Konzentration folgend, hat das Jahr 1929 für Deutschland alle Krisenmöglichkeiten, die für ein Land und seine Wirtschaft bestehen, in seine kurze Zeitspanne zusammengedrängt. Es brachte uns die Aufrollung bedeutender innen- und außenpolitischer Probleme, die unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung wiederholt in große Gefahren und Schwierigkeiten führte. Die Zuspitzung der Verhältnisse auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten erzwang ferner eine unauflösliche Niedrigung, ja teilweise einen heimgelassenen Zusammenbruch an den großen Weltbörsen, und schließlich lösten die durch die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik von Reich und Kommunen erforderlich gewordenen Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen eine weit um sich greifende Vertrauenskrise im Lande aus, die durch zahlreiche Zusammenbrüche in der bereits schwer kämpfenden Privatwirtschaft eine verhängnisvolle Verschärfung erfuhr.

Der Zustand tiefliegender Depression hält auch im Augenblick der Niederschritt dieses Berichtes an, Denken und Handeln im Wirtschafts- und öffentlichen Leben beherrschend, trotzdem in der Zwischenzeit gewichtige Ursachen der Krise beseitigt oder ihre allmähliche Entferrnung durch die seitler beschrittenen Wege der Gesundung erkennbar sind. Dieser seelische Zustand eines großen Volkes ist eine der bedenklichsten Folgen des Krisenjahres 1929, und man muß sich mit ihm vielleicht noch mehr beschäftigen, als mit den materiellen Verschiebungen, die dieses Jahr zur Folge gehabt hat. Das deutsche Volk kann sein hartes Schicksal nicht meistern, wenn die starken, in ihm ruhenden Kräfte mit ihrem Reichtum an schöpferischen und konstruktiven Ideen von einem lähmenden Pessimismus, von einer hoffnungslosen Resignation zerstört werden. Es darf zu den großen materiellen Verlusten, die der Verlauf des alten Jahres wieder so deutlich erkennbar gemacht hat, nicht auch noch das Hauptkapital einbüßen, das ihm bisher den Widerstand aus den veränderten Wirkungen des verlorenen Krieges ermöglicht hat, nämlich den zukunftsreichen Willen zur Arbeit. Dieser Arbeitswille wird auch über die Enttäuschungen des Jahres 1929 hinweg wieder zum lebenswichtigen Faktor unserer Entwicklung werden, wenn wir den Glauben an uns selbst, an die gesunde Struktur unseres Volkes und Wirtschaftskörpers nicht verlieren. Aus diesem Glauben müssen wir die Energien schöpfen, die wir jetzt mehr als je gebrauchen, nachdem das vergangene Jahr in außenpolitischer Hinsicht die große Hoffnung begraben hat, die wir an die Ueberleitung des Dawes-Planes zu einer neuen, grundlegenden vertraglichen Regelung der Beziehungen Deutschlands zu den Partnern dieses Planes geknüpft hatten.

Der in diesem Augenblick zum Bestandteil unserer zukünftigen Lebensgrundlagen werdende Young-Plan ist der Gegenstand heftigen innen- und außenpolitischen Streites gewesen. Auch bei der Schaffung dieses Planes hat man zu wenig die einem derartigen Vertragswerk notwendigen menschlichen und seelischen Voraussetzungen berücksichtigt und hat sich in Kampf zwischen Erwünschten und Erreichbarem zu stark in rein materielle Forderungen verloren, die nicht das letzte Ziel in der Welt- und Menschheitsentwicklung, in dem internationalen Zusammenhang und Zusammenklang der Wohlfahrt eines Landes mit derjenigen der übrigen Länder darstellen können und dürfen. Vielleicht hat dieser zähe Kampf um das Materielle direkt und indirekt der Welt viel größere Verluste gebracht, als bei einer zurückhaltenderen Einstellung zu den Leistungsmöglichkeiten eines mit großen Schwierigkeiten ringenden Volkes rohenrich für die Weltwirtschaft sonst jemals eingetreten wären.

Auch bei dem Aufbau des Young-Planes ist, wie häufig bei den Problemen der Gegenwart, die Lösung durch politische Kräfte kompliziert worden. Die Pariser Verhandlungen haben sogar zeitweilig währungsrechtliche Befürchtungen ausgelöst, die uns sehr langsam als Schreckgespenst unter dem Begriff Transfer-Krisis des Dawes-Planes vorzuschweben und die die Ursache waren, daß wir uns zu früh an den Verhandlungsstisch gesetzt haben. Gerade diese äußerliche der eigentlichen wirtschaftlichen oder finanziellen Entwicklung stehenden Einflüsse haben die Krisis des Jahres 1929 teils einzelweiser, teils in empfindlicher Weise verschärft. Niemand in Deutschland kann mit der schließlichen gefundenen Lösung zufriedener sein. Dennoch wird sich das deutsche Volk ungedrängt zu den Worten seines Reichspräsidenten bekennen und den angeordneten Young-Plan als eine Grundlage unserer bestehenden Verhältnisse hinnehmen müssen. Wir dürfen uns jetzt nicht in einen erfolglosen internationalen Kampf, der vielfach in parteipolitische Zerissenheit ausartet, einlassen, sondern müssen mit entschlossener Energie eine allmähliche Zielerreichung für die Ausgestaltung unseres nationalen Lebens anstreben.

Mehr und mehr wächst die Einsicht, daß wir die privatwirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes völlig zerstören, wenn wir fortfahren, parteipolitisch bedingten staatlichen und sozialen Wünschen, unbekümmert um die Kräfte und Einbaumöglichkeiten der Wirtschaft, ein willkürliches Ohr zu leihen. Man darf die Ausbreitung dieser Erkenntnis, die auch die arbeitenden Massen zu erfüllen beginnt, als ein günstiges Vorzeichen für das Gelingen kommender Reformen auffassen. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Hervorhebung, daß vor kurzem die gesamte Arbeiterschaft des Stahlwerkes Becker von sich aus an die Werksleitung mit dem Angebot heranzutreten ist, mit einer 10-15%igen Lohnsenkung einverstanden zu sein, um so das große Werk vor der Stilllegung zu be-

wahren, was es muß als ein erfolgreiches Symptom verachtet werden, wenn z. B. im Novemberheft 1929 der „Sozialistische Monatsheft“ in einem Artikel „Kapitalbildung“ folgende Sätze veröffentlicht wurden: „Wer arm ist, kann nur durch Sparen und Arbeiten wieder zu Wohlstand gelangen, nicht aber durch georgelerten Güterverbrauch. Diese Binsenwahrheit muß man leider gegenüber manchen Volkswirtschaftslehrern in unseren eigenen Reihen heute ausdrücklich betonen. ... Diese Vermehrung des Kapitals muß keine Vermehrung des Privatkapitals sein. Diese ganze Betrachtung ist überhaupt unabhängig von der Wirtschaftsform, sie gilt für eine sozialistische Wirtschaft so gut wie für die kapitalistische. Auch die sozialistische Gesellschaft muß ja „Kapital bilden“, d. h. genügende Rücklagen zur Fortführung und Erweiterung der Produktion machen. Auch in ihr gibt es einen Widerstreit zwischen dem Menschen der Gegenwart, die möglichst viel verbrachten, und dem Menschen der Zukunft, die sparen und die Produktion verbessern und erheben wollen. Das ist auch heute die große Frage. Der Sozialist hat alle Veranlassung, die Lage zu sehen, wie sie ist und sich auf die Seite der Arbeit für die Zukunft zu stellen.“ Wenn sich auf der Grundlage solcher Erkenntnisse eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erreichen ließe, würden wir die Basis gewinnen, die den menschlichen Ausbruch in dem Gegensatz von Arbeit und Kapital herbeizuführen vermöchte, an dem jeder einzelne von uns das gleiche Interesse hat.

Wenn auch der deutsche Kapitalmarkt bisher noch nicht genügend erstarbt ist, so enthalten die bisher betrachteten Tatsachen doch auch für ihn eine günstige Prognose für die nächste Zukunft. Gerade in letzter Zeit ist auch eine kurzfristige Aufbesserung aller deutschen Reisetwerte im In- und Auslande erfolgt, und die unnatürliche und unbedeutende Spanne zwischen unseren im Auslande notierten festverzinslichen Werten gegenüber ausländischen gleichrangigen Werten beginnt sich zu vermindern. Die notwendige Entwicklung des inländischen Rentenmarktes würde wesentlich gefördert werden, wenn es, was nach den Ankündigungen des Finanzministers zu erwarten ist, zur endlichen Beseitigung der Kapitalertragssteuer Esme. Man wird bei der Aufgabe dieser Steuer ebenso wenig einen Unterschied zwischen neuen und alten Emissionen machen dürfen, wie man auf die Dauer auch nicht darauf wird verzichten können, die Dividendenwerte in die Befreiung von der Kapitalertragssteuer einzubeziehen. Es ist für uns von ganz besonderer Wichtigkeit, daß bei den Bestimmungen des Auslandes an deutschen Werten eine möglichst hohe Kapitalisierung der Rente eintritt, um die Gefahr eines zu billigen Verkaufes von Substanz, die infolge der niedrigen Bewertung unserer Aktienwerte nahegelegt, nicht noch eine Not zu vergrößern.

Wenn man es unternimmt, die Ursachen und vor allem die Wirkungen der starken Depression des Jahres 1929 objektiv zu würdigen, muß man auch ohne vorläufige unauflösliche Verbesserung des internationalen Geld- und Kapitalmarktes in ihrer Rückwirkung auf die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft in Betracht ziehen. Ein derartiger Überblick über den Ablauf des alten Jahres in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht läßt erkennen, daß Deutschland in der politischen Übergangszeit zum Young-Plan und der damit verbundenen, in währungsrechtlicher und finanzieller Hinsicht sehr kritischen Situation außerordentliche Leistungen vollbracht hat, indem er sich ohne Rücksichtsmöglichkeiten auf den inländischen oder ausländischen Kapitalmarkt durch eine schwere Krisis durchgezogen hat. Diese Tatsache bietet Veranlassung genug, wenn man auch auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1929 für die Atmosphäre allgemeinen Mitleidens und starker Mitleidigkeit Verständnis haben kann, ihr dennoch heute überzogen entgegenzutreten.

Die produktivtechnischen und betrieblichen Grundlagen der deutschen Industrie sind gesund. In diesem Zusammenhang verdient auch die günstige Entwicklung der Zahlen der Handelsbilanz Erwähnung. Deutschland wurde in diesem Jahr zum zweitgrößten Exporteur der Welt. Das muß man zu höher bewerten, als es sich dabei nicht um eine Verschleuderung vorhandener Vorräte, sondern um allergrößten Teil um Ausfuhr der Fertigwaren-Industrie handelt, die damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt trotz aller Zollschranken bewiesen hat. Der Exportüberschuss dieses Jahres ist freilich zu einem Teil auch dadurch hervorgerufen, daß der Kapitalmarkt und damit die Warenzufuhr zurückgegangen ist. Immerhin zeigen die Handelsbilanz der letzten Jahre die stetige Fortentwicklung unserer Ausfuhr, die vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1929 ansehnlich um 3 Milliarden Reichsmarktzugewinnen ist. Es ist auch bemerkenswert, daß der Anteil an der Weltausfuhr seit dem Jahre 1924 gleichmäßig gestiegen ist, nämlich von 6,5% auf 6,1% im Jahre 1924 auf 6,3% im dritten Vierteljahr 1929. Der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Weltausfuhr betrug dementsprechend im Jahre 1923 15,6%. Es ist notwendig, daß wir auf diesem Wege unsere Leistungsfähigkeit und unsere eigene Kapitalbildung stärken. Wir werden damit auch den Beweis erbringen, daß unsere erhebliche Auslandsvorsicht, im ganzen gesehen, in der richtigen Weise für produktive Zwecke zur Verbesserung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verwendet wurde.

Die Fortierung des Exportes darf freilich auf die Dauer nicht unter dem Druck eines nicht entwicklungsreichen Inlandmarktes erfolgen, denn die großen Produktionsstätten unserer Industrie bedürfen eines sicheren Rückgriffes

auf einen eigenen, großen Absatzmarkt im Inland. Eine freie Entwicklung des Binnenmarktes ist hierfür eine der unerlässlichen Voraussetzungen. Die noch immer bestehende Zwangswirtschaft im Wohnungsbau sollte jetzt endlich beseitigt werden, um die privatwirtschaftlichen Kräfte für die auf diesem Gebiet liegenden großen Aufgaben und Möglichkeiten zur freien Entwicklung gelangen zu lassen. Die immer wieder betonte Behauptung, daß diese Beseitigung noch nicht möglich sei, können wir nicht teilen. Die Erfahrung lehrt, daß die Aufhebung staatlicher Zwangsmaßnahmen die privatwirtschaftliche Initiative belebt und damit die wirtschaftliche Entwicklung in besonderer Weise fördert. Die bestehende Besetzung auf dem Kapitalmarkt dürfte die Möglichkeit bieten, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft herbeizuführen.

Die weitere Verschärfung der Krisis unserer Landwirtschaft im Jahre 1929 hat gerade die Entwicklung des inländischen Marktes ungünstig beeinflusst. Die Ueberwindung dieser Krise bleibt auch wie vor ein Problem der Zukunft, dessen Lösung nicht leicht sein wird und nur durch die systematische Behandlung der einzelnen Aufgaben dieses gesamten Fragenkomplexes in einer langen Zeitspanne erfolgen kann, wobei der Schwerpunkt bei der intensiven Behandlung einer agrarischen Veredelungswirtschaft liegen muß. Wir werden auf diese Weise auch zu der notwendigen Senkung des Importes zu Agrarprodukten und damit auch von dieser Seite her zu großen Ersparnissen kommen, die die Kaufkraft der Bevölkerung günstig beeinflussen werden. Die geringe Konsumfähigkeit unseres inneren Marktes ist eindringlich gegen Ende des Jahres hervorgetreten, als seine Reibung nicht einmal durch die Tatsache bewirkt werden konnte, daß die großen Verbände in der Eisenindustrie für 19 Jahre in besonders festgelegter Form zustandekommen waren. Das kann aber die große Bedeutung und Tragweite dieses Ereignisses nicht herabmindern, daß die Gewährleistung für eine ruhige und stetige Entwicklung dieser ausdehnungsfähigen Industrie in sich birgt.

Es ist eine Konsequenz ihrer natürlichen Aufgaben, daß die Banken in Zeiten wie den gegenwärtigen mehr als andere Unternehmungen den Rückwirkungen aller Krisenereignisse und unangünstigen Ereignisse ausgesetzt sind. So hat auch die Entwicklung an den Börsenmärkten ihr Einwirken in besonderer Weise notwendig gemacht. Die Banken waren zwar außerordentlich den kurzfristigen Entwertungsprozessen ausgesetzt, haben aber doch in der schwierigen Periode, in der die Effekten von In- und Auslande gleichzeitig in verstärktem Maße angeboten wurden, durch eine intensive einzelne und allgemeine Interventionsstätigkeit eine hemmende wirkende Kurvenregulierung vornehmen können. Trotzdem blieb die Börse unter dem Einfluß der Vertrauenskrise und der Atmosphäre von Depression und Nervosität, und es hat sich allmählich ein Kurvenverlauf sowohl in den festverzinslichen Werten als in den Aktien und fundierter Unternehmungen herausgebildet, das selbst unter Berücksichtigung der vielen konjunkturellen Schwierigkeiten eine objektive und sachliche Begründung nicht mehr finden kann. Die verlorene Geld- und Kapitalmarktverhältnisse des In- und Auslandes können auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die Kurvenstellung auch der deutschen Werte bleiben, zumal die tatsächlichen Verhältnisse der Börse gute Voraussetzungen dafür bieten. Von wesentlicher Bedeutung wird es dabei sein, inwieweit es nun endlich gelingen wird, eine Reform der den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr gerechtfertigten Börsenorganisation auf breiterer Grundlage durchzuführen.

Unter vorsichtiger Bewertung aller Aktiven ergibt sich laut Gewinn- und Verlustkonto unter Einrechnung des Gewinnvortrages per 1928 in Höhe von

ein Bruttogewinn von	5 070 348,20
Nach Absetzung	75 773 942,02
der Handlungskosten mit	58 706 018,60
der Steuern mit	7 268 791,25
Insgesamt:	63 974 769,85
verbleibt ein Reingewinn von	11 799 172,17
dieser Verteilung vor wie folgt vorgeschlagen:	
12 1/2 % Dividende	7 250 000,--
Taxation der Aufsichtsrats	480 000,--
Zuwendung an den Pensionsfonds für Beamte	1 000 000,--
Insgesamt:	8 730 000,--
so daß als Vortrag auf neue Rechnung	
verbleiben:	RM. 3 119 172,17

Berlin, im März 1930.

Die persönlich haftenden Gesellschafter

Dr. Behm-Schwarzbach Bodenheimer Goldschmidt
Dr. Rosin Dr. Strube